Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 3000,—, unter Streifband monatlich M. 5000,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I n. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: [illegible] G. m. b. H., München, [illegible]straße 12, Postsparkasse Wien, Konto 79931, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.

Streifbandbezugsgebühr für März im Ausland: Österreich Kr. 20000,—, Ungarn Kr. 1000,—, Tschechoslowakei 12 Kč.,—, England u. bisher. deutsche Kolonien 4 sh., Jugoslawien 30 Dinar, Italien 10 Lire, Holland 1 f., Verein. Staaten 1 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken.

48. Ausg., 37. Jahrg. | München (Freitag), den 23. März 1923 | Preis 160 Mark

Tagesspiegel

Der gesamte Brückenverkehr gesperrt.

Ententespionage.

Die französischen Marxisten für den Ruhrkredit.

Französische Propaganda durch „Deutsche".

Verräterberatungen in Berlin.

Des Dr. Heim „Verteidigung"

Gestern veröffentlichten wir Auszüge aus dem Buch des Pressechefs von Wilson, in welchem Dr. Heim beschuldigt wird, im Mai 1919 Verhandlungen mit Frankreich zwecks Abtrennung deutscher Gebiete vom Reich geführt zu haben. Auf diese Anschuldigung, die vom deutschen Standpunkt aus als Volksverrat zu bezeichnen ist, hat Dr. Heim zunächst dem Korrespondenten der „Voss. Ztg." (der Patentchrist zum Vertreter des alljüdischen Börsenblattes!) eine „Aufklärung" gegeben. Diese lautet:

„Meine Besprechung mit dem französischen General hat tatsächlich stattgefunden, aber nicht aus eigener Initiative. Vielmehr sind die Reichsbehörden (Scheidemann) und die Bayerische Volkspartei, die damals mit dem Zentrum vereinigt war, davon unterrichtet gewesen." Dr. Heim teilt dann noch mit, daß der Unterredung **Besprechungen mit Gröber, Trimborn und Mayer vorausgegangen seien.** Der Zweck der Unterredung sei lediglich gewesen, **Fühler auszustrecken** und abzutasten, wie sich Frankreich künftig zu der innerdeutschen Politik verhalten werde. **Von der Bildung eines „neuen Bundes einschließlich Österreich", welcher als „katholischer und konservativer Block" einen wirkungsvolleren Puffer gegen den Bolschewismus bilden würde** als ein Preußen-Deutschland, sei nur insoweit die Rede gewesen, als man für einen **Eventualfall** hätte vorsorgen wollen.

Wir gestehen, daß wir vieles erwartet hatten, aber nicht eine derartige „Verteidigung", welche in unsern Augen gar nichts anderes ist, als ein niederschmetterndes Zugeständnis. Man hat also offen für einen „katholischen und konservativen Block" vorsorgen wollen, um im „Eventualfall" (welchen?), das sinkende deutsche Volk zu verlassen und sich unter ein französisches „Patronat" zu begeben! Anders sind die bisherigen Worte Heims für uns nicht deutbar.

Charakteristisch ist, daß das Zentrum dabei führend war, jenes Zentrum, welches seit Jahren seine Reichstreue Tag und Nacht beschwor; welches im Namen der Einheit des Reiches seine Erfüllungspolitik trieb; welches im Namen der Einheit Oberschlesien preisgab; dieses Zentrum, mit seinen Führern hat also mit dem Erbfeind verhandelt, um im „Eventualfall" (war damit nicht ein „preußifiziertes Deutschland", d. h. ein Deutschland, wo nicht das Zentrum herrschte, gemeint?) den Norden seinem Schicksal zu überlassen. Und im Einverständnis mit dem sauberen Zentrum stand als alter „treuer Waffenbruder" gegen das nationale Deutschland — der Marxist Herr Scheidemann.

Dr. Heim dementiert nicht die Behauptung, daß die ganze Sache am Übermaß der französischen Forderungen gescheitert sei. Es ist also jetzt Pflicht der übrigen Zentrumsbrüder und Marxistenbonzen über diese Dinge, die kurz nach der Niederwerfung der Räterepublik vor sich gingen, dem deutschen Volk Rede und Antwort zu stehen. Können die Behauptungen Bakers nicht entkräftet werden, so gehören alle Genannten vom Gericht wegen eingeleiteten Hochverrats zur Verantwortung gezogen.

Auf jeden Fall aber müßten sie angesichts der Schwere des ausgesprochenen Verdachts ohne Ausnahme ihre Partei- und öffentlichen Ämter niederlegen und in Schutzhaft genommen werden. Was den Leoprechting und Machhaus recht ist, ist Heim und Scheidemann billig.

In solchen Händen liegt die Führung deines Schicksals, deutsches Volk! Wache auf!

Verelendungsanleihe

F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Die neue, Glück und Reichtum verheißende Heilsbotschaft der Reichsbank findet freudigen Widerhall im Herzen jenes deutschen Staatsbürgers, dem die Segnungen der Einheitsfront in Prozenten oder in Abschreibungen zum Bewußtsein kommen. Im allgemeinen scheint die Stimmung für die Vorteile der neuen Sauganlage nicht gerade hervorragend zu sein. Aber man kann sich täuschen.

Mit verschwenderischer Hand beabsichtigt unser unverwüstliches Zentralnoteninstitut, dem seit der sogenannten „Stützungsaktion" die Herzen der Preisabbaukonstrukteure und Devisenverfolger stürmisch entgegenschlagen, sein Füllhorn von Dollarschatzanweisungen über die lechzenden deutschen Gaue auszugießen: zu Nutz und Frommen des kleinen Sparers, des Arbeiters, des Mittelständlers (von dem es noch einige Raritätsexemplare geben soll) und des internationalen Bankiers. Der erstere wird seine letzten Pfennige los, und der letztere steckt sie getreu dem Grundsatz „Es riecht nicht" in die geräumige Tasche. Offiziell befördert aber wird die Verarmungsanleihe **durch eine bewußte Vogel-Strauß-Politik der Reichsregierung gegenüber der Reichsbank, welche seit ihrer Autonomieerklärung niemandem Rede und Antwort über ihre Maßnahmen zu stehen hat. Sie ist „Privatinstitut und auf Privatkapital gegründet", das heißt zu deutsch: ganz in der Hand des Juden.**

Und das kam so: **Wir hatten einst ein schönes Vaterland. Das schöne Vaterland hatte einen mächtigen Kanzler, welcher auch die Leitung der Reichsbank in Händen hielt. Wir erinnern an das Lombardverbot der Russenwerte von 1887. Das Reichsbankdirektorium hatte den Weisungen des Kanzlers bedingungslos Folge zu leisten.**

Im Laufe der Jahre, besonders der Kriegsjahre, die „eine Anzahl von Umbildungen und Neubildungen auf dem Gebiete des Geldwesens zur Folge hatten", gewannen „private Kreise" immer größeren Einfluß auf Leitung und Geschäftsführung der Reichsbank. Das deutsche Volk aber zeichnete Anleihe um Anleihe, gab Gold für Eisen, eine Fülle von Edelmetall strömte in die Tresors der Bank und ruht seitdem wie ein Nibelungenhort in geheimnisvollen Schatzkammern. Das deutsche Volk aber war arm geworden, hatte für Gold und Silber, für Ringe, Broschen und Steine Papier erhalten.

Es ward „Frieden" im Land, der Versailler Vertrag begann seine ernüchternde Wirkung auf die Herren des Novembersieges auszuüben. Da sprach das internationale Kapital seinen großen Befehl vom 21. März 1922 durch den Mund der Entente: Die deutsche Reichsbank muß völlig autonom, selbständig, praktisch und formell selbständig werden. Das war ein genialer Zug des internationalen Kapitaltrustes. **Des deutschen Volkes Notopfer sollte verschachert werden, sollte ganz in die Hände jener „privaten Kreise" kommen, die um das Schicksal unserer Kriegsanleihe so besorgt gewesen waren. Begründet aber wurde jene Forderung mit der Behauptung der Entente, für das fortgesetzte Anwachsen des Notenumlaufes sei die Abhängigkeit der Reichsbank von der Reichsregierung mitbestimmend gewesen. So ward sie denn autonomisiert, wie man zu sagen für gut fand.**

Und nun verlangte die Entente, die ja diese Umstellung aus obigem, inzwischen keineswegs behobenem Mißstand (Schädigung durch das deutsche Valutadumping) durchgesetzt hatte, Überführung des Goldschatzes der Reichsbank ins besetzte Gebiet. **Als offizielle Maßnahme nach Vorhergegangenem ein Unsinn. Das Reich reagierte seinerseits sofort hochoffiziell mit dem klassischen Hinweis darauf, daß ein Verfügungsrecht über Privatbesitz selbst der Reichsregierung nicht zustehe. Der darob gerührte Deutsche aber replizierte mit Augenzwinkern, daß sich die Entente selbst den Ast abgesägt habe, auf den sie sich zu setzen gedachte. Und er war von der Beschränktheit der Franzosen ebenso überzeugt, wie er von der Schlauheit und Standhaftigkeit einer deutschen Regierung überzeugt und gerührt war. Mehr konnte man augenblicklich von ihm nicht verlangen, denn die Markentwertung war gerade im vollen Zuge . . .**

Die Reichsbank aber hatte nun freie Hand.

Sie trieb vor allem Währungspolitik mit gründlicher Ausnützung ihrer unbeschränkten Befugnisse durch Beförderung der Schatzwechselwirtschaft, welche die maßlose Aufblähung unserer Papierwährung zur Folge hatte. Völlige Verarmung ganzer Gesellschafts- und Erwerbsschichten war die rasche Wirkung dieses Raubbausystems einer im Grunde indirekten Besteuerung des Verbraucherstandes.

Als die Flucht vor der entkräfteten Mark allgemein geworden war und das Volk in verzweifelter Hilflosigkeit nach fremder Währung griff, nach Naturalparität und sogar nach Tauschhandel strebte: da ließ die Reichsbank als Beauftragte des internationalen Kapitals (dem die Markentwertung auch unerwünscht war) in günstigster Übereinstimmung zwischen der dringenden Forderung nach Währungsreform im Inland und Ausland am Himmel des Valutagewitters den Regenbogen der Goldanleihe aufsteigen. Nun ist sie endlich da!

Mit allen Mitteln wird die Zeichnung auf die letzte und gefährlichste aller Reichsanleihen gefördert. Devisensperrmaßnahmen, banktechnische Erleichterungen sämtlicher mit der Anleihe zusammenhängenden Geldgeschäfte, bester Einfluß, und namentlich beste Rückzahlungsgarantien sollen dies Henkersmahl aus der Küche der internationalen Börseninquisition schmackhafter machen. Ja, die Rückzahlung ist mit den besten Gewährsmitteln garantiert: die Reichsbank hat Geld genug und ist autonom.

Allerdings hat sie Geld. Sollte aber dies Geld am Ende unser Gold sein, das wir ihr ehedem gaben, als wir glaubten, damit das Vaterland zu unterstützen? Hat sie darum ihre Goldreserven geschont, Papier abgedeckt (so daß sie zu Kriegsende mehr besaß als je zuvor), um nun die Rückzahlung der Anleihe zu garantieren, also uns mit unserm eigenen Besitz für neue Leistungen zufrieden zu stellen?

Der „Temps" bemerkt zur Sache selbst: Entweder sei die Reichsbank ein Privatinstitut, dann könne sie mit ihrem Goldschatz keine Reichsanleihe garantieren, oder ihr Gold stehe dem Reich zur Verfügung, dann gehöre es aber vor allem der Entente. Der „Temps" mag sich beruhigen, die Reichsbank ist ein Privatinstitut. Und wenn sie mit ihrem Gold eine Reichsanleihe garantiert, will sie sich nur erkenntlich dafür zeigen, daß das Reich so großmütig ist, ihre Autonomie hochzuhalten, damit nicht etwa abermals die Überführung ihres Goldschatzes ins besetzte Gebiet verlangt werde. Oder sollte sie wirklich noch einen anderen Grund haben? Etwa ihre Überführung in deutschen Staatsbesitz?!

Ententespionage

tu. London, 21. März. Im Unterhaus erklärte Bonar Law, daß die englische Regierung den General Bingham instruiert habe, mit der Militärkontrollkommission in Deutschland zusammenzuarbeiten.

tu. Paris, 21. März. In der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz wurde ein Bericht des Generals Nollet über die am 15. März erfolgte Wiederaufnahme der Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland vorgelegt.

tu. Berlin, 22. März. Der „Lokalanzeiger" berichtet: Eine Abordnung der Interalliierten Militärkontrollkommission hat gestern den Versuch gemacht, den Betrieb der ‚Aero-Lloyd-A.-G.' auf dem Flugplatz Staken zu besichtigen. Unter den in Zivil erschienenen Offizieren befand sich ein Belgier. Die „Herren" waren vorschriftsmäßig von einem deutschen Offizier begleitet. Als das Auto an den Flugzeughallen vorfuhr, trat der Betriebsrat der Werftarbeiter zusammen, begab sich zum Auto und erklärte der Abordnung, der Betriebsrat könne für die Sicherheit der Herren während der Besichtigung nur garantieren, wenn versichert werden könne, daß sich kein Franzose oder Belgier unter ihnen befinde. Der Führer der Abordnung erwiderte, daß ein Belgier dabei wäre, und daß infolge der Erklärung des Betriebsrates für heute darauf verzichtet werde, die Besichtigung vorzunehmen. Die Kommission kehrte darauf unverrichteterdinge nach Berlin zurück.

Es ist also so gekommen, wie wir prophezeiten: Ebert wird auf patriotische Reisen geschickt, deutsche Offiziere aber gezwungen, feindliche Spione zu begleiten. Dies alles geschieht unter dem Drucke aller Demokraten- und Marxistenführer. Respekt vor den Arbeitern, die dem belgischen Spion den Eintritt in das Werk untersagten!

Herr Reichskanzler, so denkt das deutsche Volk, nicht wie die verräterischen Arbeitervertreter! Hören Sie darauf, ehe es zu spät ist, und hängen Sie die Burschen, wohin sie gehören!

Der gesamte Brückenverkehr von den Franzosen gesperrt

tu. München, 21. März. Nach soeben eingetroffenen Mitteilungen ist auf Grund eines Befehles der Besatzungsbehörden der gesamte Brückenkopfverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens vollständig gesperrt. Ob diese Maßnahme in irgendwelchem Zusammenhang steht mit den heute erfolgten Verhaftungen und Haussuchungen, ist unbekannt.

Aus dem besetzten Gebiet

tu. Essen, 22. März. In Duisburg wurde der Führer der holländischen Transportarbeiter, Neeman, von der Besatzungsbehörde verhaftet, weil er Flugblätter verteilt hatte. — In Herne hat der kommandierende General scharfe Verkehrseinschränkungen erlassen. Alle Lokale müssen um 9 Uhr abends geschlossen sein, mehr als zwei Personen dürfen nicht zusammengehen, niemand darf auf der Straße stehenbleiben. Die Posten sind angewiesen, bei Nichtbefolgung dieser Anordnung sofort zu schießen. — Sämtliche Beamte der Zollabteilung des Landesfinanzamts Düsseldorf wurden gestern verhaftet, nämlich 1 Regierungsrat, 1 Zollamtmann, 6 Oberzollinspektoren, 3 Oberzollsekretäre, 4 Zollsekretäre, 1 Zollbeamter, 3 Zollwachtmeister, 1 Angestellter, 1 Zollsupernumerar und 1 Steuerassistent; vom Zollamt Essen-Land wurde der Oberregierungsrat Blechner verhaftet. Ausgewiesen wurden bei der Zollinspektion Wittlich 18 Zollbeamte; bei der Zollinspektion Losheim 5 Zollbeamte, Aachen 22 Zollbeamte und Heinsberg 5 Zollbeamte. Der Oberzollsekretär Häling von Lanzenauer, der Sohn des ausgewiesenen Kölner Landesfinanzamtspräsidenten, sowie der Oberzollsekretär Spittler wurden zu je drei Monaten Gefängnis und 500 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Franzosentum

tu. Oberhausen. 22. März. Der Hauptbahnhof, der Güterbahnhof und die Betriebswerkstätte Oberhausen wurden von den Franzosen geräumt. Vor ihrem Abzug haben sie so gehaust, daß der ganze Bahnhof ein Bild grauenhafter Verwüstung bietet. Von amtlicher Seite wurde folgendes festgestellt: Die Räume der Fahrkartenausgabe und der Betrieb des Telegraphenamts sind vollständig verwüstet, die 7 wertvollen Fahrkartendrucker unbrauchbar gemacht, die Telegraphenräume systematisch verwüstet, sämtliche 18 Morseapparate kurz und klein geschlagen, die Telephonzentrale wohl mit einem Beil zusammengeschlagen, die Drähte zerrissen, die Apparate vernichtet, die Lichtanlage demoliert. In der Reparaturwerkstätte übertrifft die Verwüstung noch die im Bahnhof. Ungeheure Werte wurden hier planmäßig vernichtet, 54 Lokomotiven verschleppt und allein ein Milliardenschaden angerichtet. In den Schuppen des Güterbahnhofs wurden sämtliche Güterwagen, 250 bis 300 erbrochen.

Die Frage der „Sicherheit" für Frankreich

tu. Paris, 22. März. Von meist gut unterrichteter Seite wird bekannt, daß der erwartete englisch-französische Meinungsaustausch über die Frage der „Sicherheit" für Frankreich gestern begonnen habe, und zwar in London. Es handelt sich, wie behauptet wird, um eine englische Initiative. Der Meinungsaustausch ist, den Informationen zufolge, aus dem Rahmen eines sehr allgemein gehaltenen Gesprächs bisher nicht herausgetreten.

Das Attentat gegen Smeets

tu. Köln, 22. März. Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, die Person des jungen Mannes festzustellen, der das Attentat auf Smeets verübt hat. Sein Name und Lichtbild sind bekannt; in seiner Wohnung wurde eine aufschlußreiche Haussuchung vorgenommen. Nähere Einzelheiten können noch nicht mitgeteilt

werden, um die Nachforschungen der Polizei nicht zu erschweren.

tu. **Köln**, 22. März. Im Zusammenhang mit Denunziationen, die gegen eine Reihe von Kölner Persönlichkeiten in den letzten Nummern der Smeetsschen „Rheinischen Republik“ erschienen, sind in Köln der Herausgeber der Korrespondenz „Rheinland“, Paaß, sowie der Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Regh, verhaftet worden; letzterer wurde inzwischen wieder freigelassen.

Smeets ist noch immer nicht tot.

Französischer Millionenraub in Düsseldorf

tu. **Düsseldorf**, 22. März. Die Franzosen beschlagnahmten gestern bei der Stadthauptkasse 20 Mill. Mark, angeblich für Kontributionen und Bestrafungen für die Beschädigungen von Fernsprechleitungen in den Bezirken Düsseldorf-Eller und Düsseldorf-Roth. Der Oberbürgermeister hat gegen das Vorgehen bei dem kommandierenden General Protest erhoben.

Französische Kriminalbeamte drangen in die Räume der Postkasse ein und beschlagnahmten zirka 30—40 Millionen Mark, die für die Gehaltszahlungen bestimmt waren. Kassenrentant Wegemann und Postsekretär Atrop wurden verhaftet.

Die französischen Sozialisten für den Ruhrkredit

tu. **Paris**, 22. März. Der Vorstand der radikalsozialistischen Partei hat gestern auf Vorschlag des Abgeordneten Herriot beschlossen, für den von der Regierung geforderten Kredit von 180 Millionen Franken für die Ruhrbesetzung zu stimmen.

Die Solidarität ist also zweifellos auf dem Marsche; nur diejenigen der Franzosen, gegen Deutsche. In Deutschland aber lügen Blätter von Verständigung. Charakteristisch dabei ist die fette Überschrift des „Berl. Tagebl.“, als es über den Besuch der Ententesozialisten in Berlin berichtet. Es schreibt groß und breit: „Die Ententesozialisten (also alle, nicht einige!) gegen die Annexionspläne.“ So schläfert man unser Volk ein! Zu gleicher Zeit bewilligen die französischen Sozialisten aber alle Kredite, um die deutschen Arbeiter weiter vergewaltigen zu können.

Der päpstliche Ruhrdelegierte

tu. **Paris**, 22. März. Der päpstliche Abgeordnete, der das Ruhrgebiet besuchen soll, Monsignore **Testa**, ist auf der Durchreise von Rom in Paris eingetroffen. — Warum ist er nicht über Berlin gefahren?

Erkrankung des Sultans

tu. **Paris**, 22. März. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist der Sultan erkrankt und muß seit mehreren Tagen das Bett hüten.

Das türkische Problem

London, 22. März. Über die gestrigen alliierten Besprechungen betreffend die türkische Frage, meldet die „Times“: Lord Curzon skizzerte in seiner Begrüßungsrede an die auswärtigen Delegationen die Hauptpunkte des zu lösenden Problems. Er legte dar, daß die Zusammenkunft nicht als Konferenz, sondern lediglich als Zusammenkunft von Sachverständigen anzusehen sei, die über die türkischen Vorschläge Gutachten an die alliierten Regierungen erstatten sollten. Diese würden dann beschließen, welche Antwort der Regierung von Angora erteilt werden soll. Nach der Rede Curzons wiesen die Führer der ausländischen Delegationen auf die Bedeutung der einmütigen Haltung der Alliierten hin.

Keine amerikanische Garantie für die Dollaranleihe

tu. **Paris**, 22. März. Aus Washington wird dem „New York Herald“ gemeldet, daß die Gerüchte, wonach die von einer Neuyorker Bank aufgelegte Anleihe von der amerikanischen Regierung garantiert werden sollte, gestern amtlich dementiert wurden. Staatssekretär Hughes ließ erklären, daß die betreffende Bank sich eines Mißverständnisses schuldig gemacht habe, wenn sie den Anleihezeichnern die Garantie der amerikanischen Regierung verspreche. — Basta.

„Deutsches“ Reich

Haussuchung in den Räumen der deutschvölkischen Freiheitspartei

tu. **Berlin**, 22. März. Die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums hat heute vormittag eine eingehende Haussuchung in den Räumen der Deutschvölkischen Freiheitspartei in der Dessauerstraße vorgenommen und beschlagnahmte den gesamten Briefwechsel sowie zahlreiche Dokumente. Diese Maßnahme ist vollzogen worden, nachdem der noch in Haft befindliche Leutnant Roßbach durch mehrere Aussagen über den Zusammenhang dieser Parteiorganisation mit seinem politischen Wirken den Verdacht hat aufkommen lassen, daß auch in der Dessauerstraße gegen das Gesetz zum Schutze der Republik gearbeitet wird. Auch die Vernehmungen der Parteifreunde Roßbachs, die in Oberschlesien stattgefunden haben, haben belastendes Material gegen das Bureau der Deutschvölkischen Freiheitspartei erbracht.

•

Wie wir erfahren, ist Roßbach nicht in Freiheit gesetzt worden, wie es gestern abend hieß. Vielmehr wird er nicht wie ein Untersuchungsgefangener gehalten, sondern ist mit verlausten Sträflingen zusammen eingesperrt worden. Severing setzte sich sogar über das elementarste Gesetz hinweg und untersagte seinem Verteidiger den Zutritt! Famose Charaktere!

Das „belastende Material“ in der Freiheitspartei wird wohl darin bestehen, daß **deutsche** Broschüren vorgefunden wurden. Bekanntlich im heutigen Freistaat ein Verbrechen. Mit dieser Gesellschaft arbeitet Herr Cuno, der „Kanzler des Widerstandes“, wie ihn eine Münchener Zeitung naiv nannte — tagtäglich zusammen . . .

Das deutsche Volk kann sich gratulieren.

Messerhelden des Verrats

tu. **Hamburg**, 22. März. In der letzten Nacht schlugen der Kommunist Kössen, sowie der Kommunist Hoffmann an der Johannesstraße zwei Passanten nieder, angeblich, weil sie in angeheitertem Zustand nationalistische Lieder gesungen hatten. Der eine der Niedergeschlagenen wurde durch Stichwunden am Hinterkopf so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte und bis zur Stunde noch nicht vernehmungsfähig ist. Während der Aufenthalt Hoffmanns noch nicht ermittelt werden konnte, wurde Kössen, der alles bestreitet, festgenommen. — Die Helden werden sicher in Sachsen zu hohen Ehren kommen . . .

Ein „Attentatsplan“ auf die Frankfurter Synagoge

tu. **Frankfurt a. M.**, 21. März. Unter der Überschrift „Blücher-Bund Frankfurt und Franzosen“ schreibt heute die „Frankfurter Zeitung“ u. a. folgendes: Der angebliche vaterländische Bund „Blücher“ e. V. München hat seine Kreise auch nach Frankfurt gezogen.

Seit einer Woche etwa befinden sich hier in Frankfurt 5 Mitglieder des Bundes „Blücher“ in Haft und in gerichtlicher Untersuchung. 3 von den Verhafteten wandten sich Ende Februar an den französischen Verbindungsoffizier in Frankfurt, den Kapitän de Pomarede, mit dem Vorschlag, sie wollten eine Synagoge in die Luft sprengen, um dadurch Unruhen zu erreichen. Die Franzosen sollten ihnen dafür Kraftwagen, Handgranaten und Geldmittel zur Verfügung stellen. Als Opfer des Attentats war die Synagoge in der Königsteinerstraße und als Tat der 2. März, das jüdische Purimfest, in Aussicht genommen. Die Verschwörer wurden mehrmals von französischen Vertretern in Frankfurt, Höchst a. M. und Mainz empfangen.

Was ist daran wahr? Wie viel hat das alljüdische Börsenblatt aus seinen Pfoten gesogen?

Die Frankfurter Hochverratsaffäre

tu. **Frankfurt a. M.**, 21. März. Über die Hochverratsaffäre sagt der Polizeibericht:

Am 12. März wurde der Kaufmann Wilhelm Rüllmann aus Frankfurt wegen hochverräterischer Handlungen festgenommen. Wegen Beihilfe wurden am 13. und 14. März der Kaufmann Karl Adolf Metzger, Praktikant Wolfgang Hiel, Student rer. pol. Walter Eberhardt, Privatbeamter Alfons Bau verhaftet, sämtliche Mitglieder des Bundes „Blücher“ e. V. zu München.

Verräterberatungen in Berlin

tu. **Berlin**, 21. März. Der „Vorwärts“ berichtet, daß die von der Pariser Sozialistenkonferenz zu Verhandlungen mit der deutschen sozialdemokratischen Parteileitung bestimmte Abordnung wahrscheinlich im Laufe des Freitag in Berlin eintreffen werde. Am Samstag werde die erste Besprechung mit den Vertretern des Parteivorstands stattfinden.

Der Volksbetrug wird also systematisch weitergeführt.

Schlechter Geschäftsgang der Kieler Messe

tu. **Kiel**, 22. März. Der vierte Tag der Nordischen Messe brachte keine Änderung der allgemeinen flauen Geschäftslage.

Abrüstungsschwindel

Verstärkung der englischen Luftflotte

tu. **London**, 22. März. Im englischen Oberhause lenkte Earl of Birkenhead die Aufmerksamkeit auf das Verhältnis der Luftflotten Englands und Frankreichs. Am Ende des Krieges habe der allgemeine Wunsch nach Abrüstung bestanden. Großbritannien habe als erstes Land seine Bereitwilligkeit dazu erbracht durch die Auflösung seines großen Heeres. Während ferner Großbritannien 371 Flugzeuge im Dienste habe, habe Frankreich deren 1260 im Dienst. England könne sich mit diesem Verhältnis in den nächsten 3 bis 5 Jahren ebensowenig zufrieden geben, wie es vor dem Kriege mit einer Flottenunterlegenheit einverstanden war. Für die Regierung sprach der Herzog von Sutherland, der erklärte, daß Birkenhead Mitglied des Ausschusses gewesen sei, der im Jahre 1919 den Grundsatz aufstellte, daß angesichts der allgemeinen Lage in Europa ein größerer Krieg in den nächsten 10 Jahren unwahrscheinlich sei. Wenn das jetzige Kabinett beschließe, daß das nicht mehr gelte, und wenn der Verteidigungsausschuß, der jetzt die ganze Angelegenheit prüft, der gleichen Ansicht sei, und die jetzigen Umstände eine größere Luftmacht erfordern, so sei es wohl möglich, daß eine größere **Luftmacht** aufgestellt werde.

Also: Kredite für Mesopotamien, Kriegshafen in Singapore, eine große Luftflotte: Folgen der Abrüstungskonferenz von Washington.

Frankreichs Kriegsflotte

tu. **Paris**, 22. März. Der Kammerausschuß für Auswärtiges begann gestern die Beratung des Abkommens von Washington. Der Berichterstatter empfahl alles in allem die Ratifizierung des Abkommens. Die Beschränkung der französischen Kampfflotte auf 175 000 Tonnen wird befürwortet mit dem Bemerken, daß Frankreich bei seinen gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten sich nicht einmal diese 175 000 Tonnen leisten könne.

Die deutschen Erfüllungspolitiker werden ihm schon dazu verhelfen.

Erweiterung des Washingtoner Abrüstungsabkommens

tu. **London**, 22. März. Mac Neill erklärte im Unterhaus, daß am 25. März in Genf eine Konferenz abgehalten werde, um in das Washingtoner Flottenabkommen auch diejenigen Länder aufzunehmen, die es nicht unterzeichnet haben, aber Mitglieder des Völkerbundes sind. Diese Staaten wurden von der Konferenz in Kenntnis gesetzt.

Das bedeutet die Militärdiktatur der „Großen“ über die Kleinen.

Das bolschewistische Sachsen

tu. **Dresden**, 21. März. Das neue Kabinett, das der Ministerpräsident Dr. **Zeigner** zu bilden hat, wird verschiedene neue „Köpfe“ aufweisen. Das neue Ministerium wird außer Zeigner voraussichtlich folgende Mitglieder haben: Minister des Innern: Liebmann (!); Arbeitsmin.: Graupe; Wirtschaftsminister: Fellisch; Finanzminister: Held; Kultusmin.: Fleischner.

Gröners Erwiderung auf die bayerischen „Sonderwünsche“

tu. **Berlin**, 21. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte heute der Reichsverkehrsminister Gröner aus, es sei ihm eine selbstverständliche Pflicht, die Vertragsverpflichtungen gegenüber allen Ländern anzuerkennen. Auch gegenüber Bayern habe er in dieser Richtung nichts versäumt. (Nanu?) Hinsichtlich der organisatorischen Bestrebungen Bayerns auf stärkste Dezentralisation und Ausbau der Zweigstelle mit ministeriellen Befugnissen erwiderte der Minister, daß ein vertraglicher Anspruch auf eine Zentralstelle mit ministeriellen Befugnissen **nicht** bestehe.

Verbot eines kommunistischen Massenmeetings

Stuttgart, 21. März. Eine Internationales „Massenmeeting“ der Kommunistischen Partei, in dem der französische Jude **Rappoport** und andere Ausländer als Redner auftreten sollten, ist vom Ministerium des Innern mit Rücksicht auf die zu erwartende schwere Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verboten worden. In der Begründung des Verbotes heißt es unter anderem, es sei **eine Herausforderung des deutschen Volkes**, in der gegenwärtigen Zeit, in der das deutsche Volk unter den unglaublichsten Bedrückungen der Franzosen seufzt, gerade Ausländer und darunter auch einen Franzosen als Agitatoren auftreten zu lassen.

•

Es ist wahrscheinlich derselbe Rappoport, bei dem Trotzki seinerzeit in Paris wohnte.

Zur Erklärung Ludendorffs

Wie uns mitgeteilt wird, hat sich im Absatz 2 der Erklärung General Ludendorffs ein Schreibfehler eingeschlichen. Der Absatz soll lauten:

2. Als Monarchist und Legitimist nehme ich nicht Stellung gegen das Haus Wittelsbach oder gar gegen sein Erlauchtes Haupt; als überzeugter Christ nicht gegen den Katholizismus; als Deutscher, der auf dem Boden einer Verfassung im Geiste Bismarcks steht, nicht gegen Bayern, dessen Armee ich im Frieden und Kriege hochgeschätzt habe, gegen Bayern, in dem ich nationale deutsche und völkische Kraft mit Freuden wachsen sehe **und dankbaren Herzens Gutes empfange. Ich nehme nicht Stellung gegen die** Berücksichtigung der vorhandenen Eigenarten des bayerischen Stammes oder grundsätzlich gegen eine Berücksichtigung infolge geschichtlicher Veränderungen eintretender Wünsche Bayerns im Rahmen einer solchen Verfassung usw.

Die Franzosen

„Alle Unternehmungen dieser Sklaven sind von gleicher Art und gleichem Sinn, sie gehen auf eine Militär- und Advokaten-Herrschaft aus, die von allem politischen Mischmasch das Greulichste, Lächerlichste, Traurigste und Unerträglichste ist und mir immer den Eindruck eines Tigers macht, der von einem Karnickel geführt wird . . .“

Vitt. Alfieri (Lebenserinnerungen).

Die Trommeln auf die Dome

Die Trommeln auf die Dome, die Glocken unters Volk! Die Sterne reißt vom Himmel, das Feuer aus der Wolk'!

Die Ammenlieder tötet, den Männersang heraus, den Lenzwind jagt zum Teufel und ruft das Sturmgebraus!

Der Herrgott kommt gefahren in ungeheurer Glut: die Märsche rauschen wieder durchs aufgeregte Blut!

Die Glocken in die Massen, die Glocken sind aus Stahl, sie läuten von der Schande: Es war, es war einmal!

Die Trommeln auf die Dome! O Vaterland, es schwelt: Die Flamme zuckt, die Tage der Welschen sind gezählt.

Aus dem Mitte März erscheinenden Gedichtbändchen von Hanns Werner Langer: „Die Trommeln auf die Dome!“ Verlag H. Hohmann, Darmstadt.

Musik-Rundschau

Münchener Konzertverein. Das elfte Abonnementskonzert war dem Schaffen Max Regers gewidmet. Professor **Karl Straube**, unser größter lebender deutscher Orgelmeister, spielte die Fantasie und Fuge über **Bach**, op. 46, in genialer Ausdeutung ihrer wuchtigen und von überströmender Kraft erfüllten Tonsprache, wohl eines der bedeutendsten Orgelwerke seit Bachs Zeiten. Die folgenden Kantate, „Die Nonnen“ (unter Mitwirkung der Konzertgesellschaft für Chorgesang) leitete Münchens bester Chordirigent, Prof. **Eberhard Schwickerath**, und brachte sie zur vollsten Wirkung. Ein ergreifendes, seelisches Stimmungsbild der Gottvermählten, voll strenger, asketischer Weltentsagung und zugleich dionysischer, gewaltsam auflodernder Sinnlichkeit wird an Hand der Dichtung musikalisch heraufbeschworen. Dieser Kampf zwischen tiefster religiöser Zerknirschung und gewaltsam unterdrückter weltlicher Lust gibt den steigernden Gegensatz im Aufbau bis zum Siege der Selbstüberwindung: Eine seelische Tragödie hinter Klostermauern. Ähnliches, nur auf weltlichen Boden gestellt, deutet der „Symphonische Prolog zu einer Tragödie“ für großes Orchester, op. 108. Wie **Siegmund v. Hausegger** als mitschaffender Dirigent dieses machtvolle Werk interpretierte und plastisch aufbaute, war bewundernswert. Hier wurde die technische Meisterschaft zur Selbstverständlichkeit und diente nur mehr zur vollkommenen eindringlichen **Wiedergabe Regerscher Ideenwelt.**

※

Der moderne Abend des Geigers **Seby Horváth** mit **August Schmid-Lindner** am Klavier brachte **Karl Winklers** „Sonate G-Moll“ (Manuskript), ein ansprechendes, talentvolles Werk, das auf guten, alten Pfaden wandelt und in seiner überwiegend melodischen Haltung genug Stimmung birgt, um des jungen Komponisten gottlob unproblematisches nach der romantischen Seite hindrängendes Musizieren erkennen zu lassen. Die Sonate, wie die folgende „Suite im alten Styl“, op. 92, von Max Reger mit ihrem wundervollen, tiefen Largo, wurde von den Vortragenden gut wiedergegeben, wobei allerdings die Führung mehr vom Flügel ausging und des Geigers manchmal unfreies, gepreßtes Spiel gegenüber der vollendeten Gestaltung des Pianisten deutlich wurde.

*

Dr. Emil Schipper, der stimmgewaltige, dem Zenith seines Ruhmes zustrebende Künstler, konnte an seinem Wagner-Verdi-Abend im Odeon wieder einmal Triumphe feiern. Des Künstlers starke, dramatische Ausdruckskraft ist ohne Zweifel bewundernswert und hat auch längst die gebührende Anerkennung gefunden. Doch scheint es, daß nur die Bühne den richtigen Rahmen für seine Persönlichkeit gibt, da den Darbietungen von Opernbruchstücken an Hand des Klavierauszuges im Konzertsaal immer zwiespältige Empfindungen anhaften. **Konrad Neuger** (von Schlesingers, des verflossenen Generalmusikdirektors Gnaden zweifelsohne in den Bestand unseres Nationaltheaters aufgenommen) begleitete schlecht und recht kapellmeisterlich.

Das 5. Konzert der „Reger-Gedächtnis-Feier“ war ein großer Erfolg. Das **Berberquartett** spielte des Meisters Streichquartett in D-Moll, op. 74 (das ich leider nur hören konnte), mit einem nicht alltäglich bezwingenden, mitreißenden Feuer und Ausdruck und erzwang sich wie dem Werke stürmische Anerkennung.

Beethovens Septett, wer kennt nicht dieses prachtvolle Kabinettstück und hat es lieb gewonnen? Um so bedauerlicher ist es daher, wenn man alte Bekannte in recht mittelmäßiger Aufmachung wieder antrifft und zu Gehör bekommt, wie es im **Beethoven-Abend** der Fall war. Die allbewährten Bläser allein machen es nicht; denn der führenden ersten Violine (**Otto Keller**) zu folgen, war kein reiner Genuß. Oder sollte die Schwüle in dem überfüllten Saale an den Tonschwankungen und der mangelnden technischen Ausführung des Geigers schuld gewesen sein?

Die Schaubühne kann das zweifelhafte Verdienst in Anspruch nehmen, seinen kunstbegierigen Schwabinger Stammgästen den ebenso zweifelhaften Dichter Karl Sternheim wieder einmal aufgewärmt zu haben. Mag an sich schon die verkrampfte, exaltierte Sprache des beschnittenen und des das Deutsche beschneidenden Abrahamiten seinen Genossen und gewissen Schwabinger Langhaaren zum Erlebnis geworden sein, so ließ sich das von seiner tierisch-erotischen, nur auf den Instinkt dekadenter Leute wirkenden „Poesie“ alias „Machwerk“ noch mehr feststellen. „**Die Hose**“, natürlich weiblichen Geschlechts, entzündet des Dichters himmelstürmende Phantasie und gibt ihm die Kraft, dieses Objekt mit allen Zutaten und Anspielungen in einem den Abend füllenden, vieraktigen Lustspiel einem Publikum unter die Nase zu halten. Darinnen wird Hohes und Niedriges, Schönes und Häßliches zu eklem Brei gemengt, eines Volkes geistiges Gut mit zynischer Gier in den Schmutz gezogen, mit satanischer Lust die eigenen Geschwüre aufgekratzt — der Rest ist Schweigen . . . Mit „Nun“ und „Aber“ ist hier nicht viel gedient, wo es allein an dichterischer Kraft gebricht, und gewollte Satire und Persiflage objektiv zu gebrauchen und auf höheren Boden zu stellen. Die ausführenden Künstler hatten sich einer undankbaren und unwürdigen Aufgabe angenommen und diese je nach Geschick durchzuführen versucht.

18 **Nachdruck verboten!**

„Der Feind im Land!“

Spiegelbilder aus der deutschen Gegenwart

von Adolf Viktor von Koerber.

37.

In Berlin veranstaltet der Leiter des amerikanischen Komitees einen Lichtbildervortrag über „Die schwarze Schmach“ der Wirklichkeit im Rheinland. Als er das Podium betritt, bangenden deutschen Patriotenherzen den Schleier vor dem Spiegel der Gegenwart fortzureißen, trifft das Vortragsverbot des Neu-Berliner Polizeipräsidiums ein: „Da sonst das deutsche Ansehen in der Welt leiden könne.“

„Diese Verbrecher werden es vollends vernichten!“ ruft ein Beherzter aus. Der Vortrag unterbleibt.

Reichstag

Reichspostministerium:

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt. Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung, die Verpachtung des Postreklamewesens zu erwägen und verlangt weiter eine Verringerung der Zahl der Oberpostdirektionen, Reichsbahndirektionen und Landesfinanzämter.

Abg. Delius (Dem.) würdigt die Verdienste des früheren Postministers Giesberts und begrüßt den neuen Minister, auf den man große Hoffnungen setzt, da er aus dem Postbetrieb hervorgegangen sei. Bei den Gebühren müsse die Post soziale Rücksichten nehmen; auch das besetzte Gebiet sollte bevorzugt werden.

Abg. Bartz (Komm.) fordert eine Reform der Besoldungsordnung und Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Reichspostminister Stingl hebt hervor, daß nach dem neuen Etat mehr als ein Drittel sämtlicher Beamtenstellen bei der Post abgebaut werden sollen.

Abg. Dr. Strathmann (Deutschnatl.) begründet eine Entschließung, in der Portoermäßigung für den Leihverkehr der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliothek gefordert wird. Der Redner bemängelt die gräßlichen Briefmarkenzeichnungen.

Vor Eintreten in die Einzelbesprechung wurde der Verlängerung des Besoldungssperrgesetzes und dem Etatnotgesetz in zweiter und dritter Lesung zugestimmt.

Es folgt dann die Einzelbesprechung des Posthaushaltes, in der wiederum Wünsche auf Besserstellung einzelner Beamtengruppen, Ausbau des Verkehrs usw. vorgebracht werden.

Der Reichspostetat wird erledigt, ebenso der der Reichsdruckerei.

Die Rote Armee

(Fortsetzung.)

Trotzki führt weiter an, daß in kurzfristigen Kursen von einigen Monaten keine Soldaten der Roten Armee und keine Kommandanten ausgebildet werden könnten. Es war daher notwendig, mit beiden Händen zu den gewesenen Unteroffizieren der zaristischen Armee zu greifen. Diese haben der Roten Armee viele tüchtige Kommandanten gegeben, deren bester Vertreter Budjony ist. Er verbreitet sich weiter über die Rolle der politischen Kommissare, die anfangs den Kommandanten der russischen Truppenteile als politische Kontrollorgane beigegeben werden mußten und stellt fest, daß es notwendig war, die Tätigkeit dieser Kommissare lediglich auf das politische Gebiet zu beschränken, den Kommandanten jedoch vollste militärische Autorität einzuräumen.

Nachdem er noch auf die Notwendigkeit der Schaffung von Militärschulen hinweist, und auf die Schwierigkeiten, die mit der Schaffung von revolutionären Kommandostäben verbunden sind, kommt er auf die Rolle der Propaganda in der Armee zu sprechen. Diese schildert er wie folgt: „Die Rolle der Propaganda in der Roten Armee ist allbekannt. Die politische Arbeit, die jedem Schritt unserer Aufbautätigkeit auch auf militärischem Gebiete vorausging, führte zur Schaffung eines großen politischen Apparates in der Armee. Die wichtigsten Organe dieses Apparates sind die uns jeweils bekannten Kommissare. Aber die bürgerliche Presse Europas ist auf dem Holzwege, wenn sie diese Propaganda als teuflische Erfindung der Bolschewiken darstellt. Die Propaganda spielt eine gewaltige Rolle in allen Armeen der Welt. Der politische Apparat der bürgerlichen Propaganda ist viel mächtiger und technisch vollkommener als der unsere. Der Vorteil unserer Propaganda liegt in unserem Inhalt. Unsere Propaganda festigte die Rote Armee und zersetzte die Armee des Feindes nicht durch irgendwie technische Mittel und Methoden, sondern durch die Idee des Kommunismus, die ihren Inhalt bildet. Dieses unser militärisches Geheimnis verkünden wir ganz offen ohne ein Plagiat unserer Feinde zu befürchten."

Auch dieses Kapitel können wir nicht dringend genug der Aufmerksamkeit vor allem unserer verantwortlichen politischen und militärischen Stellen empfehlen. Es ist offenes Geheimnis, daß die kommunistische Propaganda heute stärker denn je ist, und daß diese Propaganda mit ideellen Schlagworten arbeitet. Der Kommunismus hat es verstanden, sich den Mantel einer „geistigen Bewegung" umzuhängen. Dieser Tatsache und der Erkenntnis, daß in der heutigen Zeit Erfolge nicht mit Redeschlachten im Parlament, sondern letzten Endes nur durch militärische Schlachten und Siege errungen werden, verdankt er seine Erfolge. Der Soldat der Roten Armee glaubte für eine Idee zu kämpfen und zu sterben. Auch die Soldaten der kaiserlichen deutschen Armee hatten Ideale, für die sie kämpften und fielen. Diese Ideale, Kaiser, Vaterland und die alten ruhmreichen Fahnen, sind heute infolge der Schieberrevolution vom 9. November nicht mehr vorhanden. Wenn es aber zum Kampf kommen sollte, so weiß der deutsche Soldat nicht, wofür er kämpft. Denn die einigende Idee fehlt uns, und für die „Wirtschaft" oder die „Verfassung" dürften sich wenige finden, die ihren Kopf hinhalten. Eine Armee ohne Ideale ist keine Kampftruppe und ist nicht widerstandsfähig gegen eine zersetzende Propaganda. Abgesehen hiervon ist die „bürgerliche" Propaganda herzlich schlecht, uneinig und letzten Endes nur ein Wegbereiter für die Weltrevolution, da die meisten Tageszeitungen sich bereits in den Händen der Internationale befindet.

Trotzki schildert dann die Schwierigkeiten der Roten Armee infolge Fehlens von Technik, und wie diese Schwierigkeiten überwunden wurden. Er schreibt wörtlich:

„Trotzdem die weitere Ausdehnung des Bürgerkrieges die Wirtschaft noch mehr zerrüttete, wurde die Bewegung der Armee immer besser; einesteils infolge der Anspannung aller Kräfte der Industrie, und anderseits hauptsächlich dank der mit jedem Tag besser funktionierenden militärischen Verwaltung."

Ferner schildert er die Bedeutung der Kavallerie für den Bürgerkrieg, und wie es gelang eine brauchbare Rote Kavallerie unter der Parole von 1919: „Proletarier aufs Pferd!" zu schaffen.

Trotzki sagt zum Schluß: „Die Schaffung der roten Armee geschah mitten im Feuer, ohne vorher durchdachten Plan und oft auf dem Wege ziemlich ungeordneter Improvisationen. Ihr Apparat war überaus schwerfällig. Wir benutzten jede Atempause, um unsere militärische Organisation zu vereinfachen, auszubauen und zu zentralisieren. In dieser Beziehung sind während der letzten zwei Jahre bedeutende Fortschritte gemacht worden. Während der Kämpfe mit Wrangel und mit den Polen im Jahre 1920 zählte die Rote Armee in ihren Reihen 5 000 000 Soldaten. Gegenwärtig zählt sie zusammen mit der Flotte 1½ Millionen und wird noch weiter verkürzt. Die Verringerung der Bestände schwächt die Armee nicht, sondern kräftigt sie. Ihre Kampffähigkeit und Vergrößerungsfähigkeit im Kriegsfalle wächst ununterbrochen. Ihr Vertrauen auf die soziale Revolution steht außer allem Zweifel."

Welches sind nun die Nutzanwendungen, die wir aus diesem für jeden deutschen Politiker und Militär höchst lehrreichen Ausführungen von Trotzki, dem Generalissimus der russischen Roten Sowjetarmee, ziehen müssen.

1. Der Kommunismus zersetzt zuerst die Armeen und militärischen Einrichtungen nationaler Staaten durch seine Propaganda, um dann sich aus ihren Trümmern seine eigene neue Armee nach genau denselben militärischen Grundsätzen zu schaffen.

2. Der Kommunismus erkennt im Gegensatz zu der auch revolutionären Sozialdemokratie und Demokratie klar, daß die Grundlage eines jeden Staatswesens eine militärische Macht bildet, ebenso, daß politische Ziele nur durch rücksichtslose Anwendung von militärischen Machtmitteln errungen und erhalten werden können.

3. Nicht die Wirtschaft oder das bürgerliche Wohlergehen bildet die Hauptsache. Zur Not kann man sich auch ohne Wirtschaft behelfen, wenn man über einen militärischen Machtapparat verfügt.

4. Vorgesetzte und Führereigenschaften lassen sich nicht in militärischen Schnellkursen erlernen, sondern hierzu gehören Tradition und Erziehung; daher ist es nicht möglich, selbst eine proletarische Armee zu schaffen, ohne ihr durch ein altes Offiziers- und Unteroffizierskorps das nötige militärische Rückgrat zu geben.

5. Weltgeschichte wird nicht durch Parlamente und Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch die Energie einzelner Männer, die die Realitäten des Lebens richtig einzuschätzen wissen, gemacht.

In einer Zeit, wo Deutschland in seinen schwersten Schicksalsstunden von parlamentarischen Hanswürsten, pazifistischen Idioten, demokratischen Ideologen regiert wird, ist es bittere Not, daß die wenigen Männer, deren Sinn durch Zeitungsgewäsch und Phrasengedresch noch nicht umnebelt ist, an dem Beispiel Rußlands lernen, was uns not tut, und wie man handeln muß. Tun sie das nicht, so dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo der von Westen marschierende französische Chauvinismus und der von Osten marschierende russische militärische Bolschewismus im Herzen Deutschlands aufeinander treffen und sich — über die Teilung der Beute verständigen.

Dr. v. Scheubner-Richter.

Münchener Beobachter

Die jüdischen Rabattbriefmarken

Armes Deutsches Reich, selbst auf deinen Briefmarken mußt du der ganzen Welt zeigen, wie verjüdelt du bist! Oder sehen die neuen Reichsbriefmarken zu 100 Mark nicht wie Rabattmarken schlimmster jüdischer Aufmachung aus? Ein Skandal ist es, mit was für Wapperln die neue daitsche Republik beglückt wird. Seit den längst entschwundenen Tagen, als die Prinzregenten- und König-Ludwig-Marken von deutschem Geschmack zeugten, ist keine Marke über Deutschlands Grenze mehr hinaus gelangt, die einigermaßen deutsche Kunst vertreten hätte. Und nun dieses grauenhafte Machwerk! Dabei hat uns die glorreiche Republik — hoch soll sie leben, dreimal hoch! — sogar einen Kunstwart beschert! Welcher Kunst wartet er wohl? Der jüdisch-bolschewistischen!

Ist es nicht möglich, daß ein deutscher Künstler eine wahrhaft deutsche Marke herausbringt? Ist überhaupt höheren Ortes die Aufgabe der Postbriefmarke begriffen worden? Die Aufgabe der Propaganda in geschmackvoller, wenn auch versteckter Form! Unsere Briefmarken von heute sollen der Welt und dem eigenen Volke stündlich vor Augen halten, was geleistet und was gelitten wurde! Wie wir heute geknechtet werden, wie das Volk hungert! Wie wirkungsvoll wäre eine Darstellung einer trauernden Mutter mit ihrem Säugling, wie eindringlich könnte die schwarze Schmach, das Ruhrverbrechen gebrandmarkt werden!

Nein, das erlauben die Novemberverbrecher nicht, daß dem deutschen Volke in solch bildkräftiger Form täglich, stündlich vor Augen geführt werde, was es leidet, und in welcher Schande und Schmach es darniederliegt. Denn dann würde die Masse jener, die hinter den Papiergeldschwindel noch nicht gekommen sind, am Ende nachdenklich und unruhig werden.

Aber nur Ruhe! Rrrrruhe! Damit Einheitsfront und passiver Widerstand aus ihrem Schlummerdasein nicht aufgestört werden! Armer deutscher Staatstrottel, merkst du noch nichts? Merkst du wirklich nicht, daß du mit diesen Wapperln nicht nur die Kehrseite der jüdischen Rabattmarken abschleckst?

B. H.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die in den letzten Tagen über der Biskayasee gelegene Depression ist im Zerfall begriffen. Ihre auf den Kontinent übergetretenen Teilstücke haben vorübergehend Bewölkungszunahme, in der Pfalz auch leichten Regen gebracht. Zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Witterung werden sie jedoch nicht führen, zumal der Schwerpunkt des hohen Druckes nunmehr über Südosteuropa gelegen ist.

Wettervorhersage für Freitag, den 23. März: Bewölkungsschwankungen, jedoch nur unerhebliche Niederschläge. In den nächsten Tagen wieder heiteres und warmes Wetter.

*

Reinigung des Handels von Unlauteren. Das Justizministerium hat die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, der Bayerischen Landeswucherabwehrstelle Verurteilungen wegen Vergehens der Preistreiberei, des Schleichhandels, der unerlaubten Ausfuhr usw. unverzüglich nach Eintritt der Rechtskraft mitzuteilen. Dadurch soll die Reinigung des Handels von unlauteren Persönlichkeiten erleichtert werden.

Eine Groß-Funkstation am Herzogstand. Wie die „Bayer. Staatsztg." berichtet, hat das Reichspostministerium der C. Lorenz-Aktiengesellschaft die Genehmigung zum Bau einer drahtlosen Versuchsstation für größte Leistungen bei Kochel in Oberbayern erteilt. Die bisherigen Strahlungsmessungen haben ergeben, daß diese ohne Masten gebaute Antenne noch erheblich günstigere Strahlungsergebnisse hat als die bisherigen deutschen Großstationen, so daß bei Aufwendung gleicher Stromstärken mit einer größeren Reichweite als bei den bisherigen Stationen zu rechnen ist. Die drahtlose Anlage am Herzogstand ist zunächst nur als Versuchsstation gedacht; es ist aber in der Baugenehmigung vorgesehen, daß das Reich die Firma verpflichten kann, erforderlichenfalls Verkehr aufzunehmen.

Brauereiarbeiterlöhne und Bierpreisfrage. In einer Münchener Zeitung war mitgeteilt worden, daß die Brauereien Lohnerhöhungen vorgenommen hätten, anderseits jedoch zu dem Beschluß gekommen seien, von einer Erhöhung des Bierpreises abzusehen und die erhöhten Löhne selbst zu übernehmen. Von unterrichteter Seite wird uns hierzu mitgeteilt, daß diese Darstellung nicht der Wirklichkeit entspricht. Die von den Brauereiarbeitern geforderte Lohnerhöhung wurde bis jetzt nicht bewilligt, vielmehr wurden die diesbezüglich ergangenen Schiedssprüche, welche eine Lohnerhöhung bis zu 18 000 Mark wöchentlich vorsahen, abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben nunmehr die Verbindlichkeitserklärung des letzten Schiedsspruches beantragt. Der Antrag ist noch nicht verbeschieden. — Die Brauereien haben in der Zeit vom 4. Dezember vorigen Jahres bis zum 29. Januar dieses Jahres, wo alle Artikel gestiegen sind, keinerlei Preiserhöhung vorgenommen. Seit Einführung des gegenwärtig gültigen Bierpreises (15. Februar) haben die Brauereien die Arbeiterlöhne zweimal erhöht. Trotz dieser neuen, nicht unbeträchtlichen Belastungen hat das bayerische Braugewerbe, im Gegensatz zu dem norddeutschen, von einer weiteren Bierpreiserhöhung mit Rücksicht auf die derzeitigen wirtschaftspolitischen Verhältnisse Abstand genommen. Es wäre ihm aber bei dem jetzigen Bierpreis unmöglich, eine dritte Lohnerhöhung auf sich zu nehmen. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Brauereien durch eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zu der Auszahlung weiterer Teuerungszulagen bzw. Erhöhung der Löhne gezwungen werden.

Feueranmachen verboten. Erfahrungsgemäß ist zur Frühjahrszeit das alte Gesträuch und Gras besonders leicht entzündlich. Es wird daher, namentlich zum Schutze der Anlagen und der Auen in der Umgebung der Stadt, darauf hingewiesen, daß das Feueranmachen in den Anlagen, in den Wäldern und auf den Heiden verboten und unter Strafe gestellt ist. Beim Wegwerfen glimmender Zigarren- und Zigarettenstummel, brennender oder glühender Zündhölzer usw., ist die größte Vorsicht zu beobachten. Auch von den Mitgliedern der Turn- und Sportvereine und den am Sonntag Ausflüge und Wanderfahrten unternehmenden Kreisen der Bevölkerung der Großstadt

---

38.

Die deutsche Presse vermeldet unterm Strich, daß die französische Regierung gegen die Aufführung der Filme „Die schwarze Schmach" und „Die Abenteuer eines Fremdenlegionärs" bei der Reichsregierung protestiert habe.

Die französische Presse triumphiert am Kopf der Zeitungen in fetten Lettern, daß die deutsche Regierung die beiden beanstandeten Filme, die „geeignet erscheinen, die normalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu gefährden," verboten habe!!

39.

„Was sagen Sie — Russen, über sechzig Russen sind in Eisleben verhaftet worden?"

„Jawohl, waschechte Bolschewisten, über die Berliner K.P.D.-Zentrale ins mitteldeutsche Aufstandsrevier geschickt, ihre asiatischen Mordbrennerkunststücke an der deutschen Bevölkerung zu beweisen."

Die schwedischen Journalisten fallen von einem Erstaunen ins andere.

„Sie erkennen ja auch aus den ganzen Vorgängen in Mansfeld, Hettstadt, Halle, Remscheid und so weiter die Meisterhand der Revolutionsspezialisten. Glauben Sie ferner, unsere deutschen Revoluzzer kämen auf solche Ideen, gewissermaßen als Einleitung der Aktion die Siegessäule Berlins sprengen zu wollen, dabei unbekümmert Hunderte von Passanten tötend? Sowjetgehirne jüdischer Rasse! Wir waren mit diesen Leuten ja auch im Münchener Tollhaus 1919 gesegnet. Und glauben Sie etwa, deutsche Arbeiter würden von sich aus den Wahnsinn unternehmen, mit vier- bis fünftausend zum Teil terrorisierten ‚Kämpfern' einen derartigen Fabrikkomplex wie die Leunawerke, an denen ein Schnellzug kaum in zwanzig Minuten vorüberfährt, militärischer Macht, Minenwerfern und Batterien zum Trotz halten zu wollen?! Glauben Sie letzten Endes, deutsche Arbeiter brennen von sich aus ganze Ortschaften, Landhäuser, Gutsgehöfte nieder, rauben, vergewaltigen — kurz, führen sich auf wie Zuchthäusler und Banditen?! Nein, meine Herren! Sie als Schweden, Germanen wie wir, werden mir ohne weiteres glauben, bei all diesen Verbrechertaten schaut irgendwo der sowjet-jüdische Pferdefuß heraus!"

Die schwedischen Journalisten stimmen dem zu. Sie wissen, daß der germanische Mensch auch in tiefster Verirrung noch Ehre besitzt.

40.

Der Badener Haas weiß nicht, wie ihm geschieht. Es sind deutsche Arbeiter, in der Not der Besetzung zusammengeschweißt mit allen Patrioten, die einen Wall bilden um den Regierungspräsidenten von Speyer, den abzusetzen der Vaterlandsverräter und seine Mitverbrecher die Stadt überfielen. Nun schicken ihn deutsche Fäuste blutenden Hauptes heim. Er findet liebevolle Pflege bei den französischen Truppen, die gar zu gern der „pfälzischen Republik" das Siegel aufgedrückt hätten.

*

In Koblenz wird Alarm geschlagen. Die amerikanischen Truppen treten unter Gewehr. Offiziere verhaften den Hochverräter Dorten, der die „rheinische Republik" auszurufen gekommen ist. Vom Kriegsgericht des nach Wilsons Abtritt zuweilen loyal handelnden Landes verurteilt, zahlt ein Offizier Frankreichs die Dorten und seinen Anhängern auferlegte Geldstrafe.

Amerikas Söhne erkennen von Tag zu Tag mehr, in welches Abenteuer ihr heuchlerischer Weltpräsident sie verlockte.

41.

Vor einer tausendköpfigen Menge spricht der „Arbeiterführer" Hoffmann. Oh, er ist sehr volkstümlich, und man glaubt ihm aufs Wort, was er sagt. Muß es nicht auch Vertrauen einflößen, wenn ein solcher Mann, der sogar auf dem Ministersessel für Kultus gesessen hat, so ganz ohne Stolz und Überhebung geblieben ist? Ein rechter „Proletarier", ein „Arbeiter", wie er sich stolz immer wieder nennt. Er ist in Wahrheit ein selbstloser Volksmann, ein Altruist, ein Heiland seiner Klasse! Wie tief empfunden, wie echt klingen eine Reden. Verschmäht er doch sogar die Ausdrucksweise der sogenannten Gebildeten! „Mir" und „mich", — es gilt ihm gleich. Das Herz redet und nicht die Zunge. So findet es den Weg zum Herzen des Volkes.

„Proletarier, Jenossen, Brieder! Ick sage Euch: wat brauchen wir eenen Mittelstand?! Nur zwei Dinge erhalten die Welt: Kapital und Arbeet! Wat dazwischen is, det is vom Uebel. Vom Mittelstand kann keener nich leben. Der muß zuerst mal kahl jemacht werden! Und mit ihn all det Jesajele von Jott, Vataland und solch idealistischer, nationalistischer, militaristischer Zimmt! Laßt doch verhungern det Kruppzeuj von Beamte, Meestern und Koofmichs! Jarnich zu reden von die Kriechshetzer. Jeden Tach, wo sich so ein Offiziershund ne Kugel in den Deez schießt, weil seine Freßkrippe nu Jottseidank leer jeworden is, da brat ick mir ne Jans! Und so sollt et jeder ehrliche Arbeeter tun! (Stürmischer Beifall unterbricht die Rede an dieser Stelle.) Aber Jenossen, wir sind arme Leute, noch schuften wir uns krumm für det bisken trocken Brot, noch haben wir die Jans nich. Doch ma sind uff den Wege. Uff juten Weje! Is erst mal der Mittelstand futsch, so haben wir noch im Momang det Kapital in der Tasche. Der Mittelstand, det is nämlich die Schutztruppe für die Schlotbarone. Na, det wißt Ihr alle. Darum ruf ick laut vor alle Jenossen: Seid einig Proletarier! Arbeeter vaeinigt Euch zur Aktion! Nieder, nieder, nieder mit dem Bourgeois."

Minutenlang rauscht Beifallssturm durch die Kronen der Bäume des Humboldhaines.

*

„Aber Herr Hoffmann," spricht der Beamte des Polizeipräsidiums zu dem wutschnaubenden Arbeiterführer, „Ihnen wird man doch sicherlich nicht allzu viel genommen haben. Sie sind doch ein so populärer Mann." Die Stimme des Kommissars bekommt ein ungewisses Timbre. Der Volksmann tobt wütend los: „Wollen Sie mir auch noch uzen? Schaffen Se mir lieber mein Eigentum wieder. Det nennen Sie wenich? Hier ist de jenaue Liste! Meine Jemahlin hat se selber uffjeschrieben. „Er reicht einen vierseitig bemalten Aktenbogen über den Tisch. Zwei Schreiber lesen über die Schulter des Kommissars hinweg mit. Erst staunen sie, dann werden sie sich des grotesken Falles nach und nach bewußt. Ein verweisender Blick des Vorgesetzten hält die Kichernden kaum noch im Zaum.

„Allerdings," wendet sich jener an den Abgeordneten, „wenn man die Endsummen addiert. Ihre reichhaltige Garderobe, die PlättHemden, Tafeltücher und sonstige Wäsche..."

„... und dem Schmuck! Det Silberzeug und den Schmuck meiner Frau!"

„Das sind allerdings Millionen..."

„Aber bitte, Herr Kommissar! Die Ehwaren rechne ich erst gar nich. Die jangen Vorräte, wenn de schlimmste Zeit kommt, haben die Lumpen uffjemacht. Wat se nich fressen und klauen konnten, haben se beschissen!"

„Na — das werden wir mal besichtigen. Ich gebe Ihnen zwei Beamte dazu mit. Aus der Art des Einbruchs kann man zuweilen die Spur finden. Wir kennen die Angewohnheiten unserer Leute so ziemlich. Die Herren Diebe haben nämlich meist ihre eigenen Methoden. Man stiehlt — auf verschiedene Weise, Herr Hoffmann."

„Aber jerade bei mir!" Hoffmanns Stimme schlägt um wie zumeist bei seinen Volksreden. „Wo ick doch einer von ihren Leuten bin. Ick meene," verbessert er sich schnell, „een ehrlicher Arbeeter, een Proletarier wie sie! Der sich sauer jenuch sein trocken Brot verdient hat. Ick, der..."

„Tja, Herr Hoffmann, es ist in der heutigen Zeit immer ein Risiko außer seiner Stadtwohnung noch ein Landhaus zu besitzen. Ihr Fall kommt dutzendweise vor."

Die Kriminalschutzleute öffnen die Tür. Hoffmann greift nach Hut und Stock. „Ick sage ja imma, wir leben in einem Sicherheitsstaat!" Er schreitet entrüstet durch das Portal zum wartenden Auto.

*

(Fortsetzung folgt.)

darf erwartet werden, daß sie im Gebirge und auf dem Lande sich allzeit vor Augen halten, welche in der jetzigen Zeit doppelt empfindlichen Schäden in der Volkswirtschaft durch fahrlässiges und leichtsinniges Feueranmachen, Wegwerfen von entzündeten und brennenden Gegenstände aller Art entstehen können.

Der Durchgang vom Marienplatz 18 zum Petersplatz. Er gehört zum Teil der Stadtgemeinde München, zum Teil ist er durch Servi tut zugunsten der Gemeinde gesichert. Aus Reinlichkeits-, Sittlichkeits- und Sicherheitsgründen ersuchten die anliegenden Anwesensbesitzer, daß dieser Durchgang nachts abgesperrt werden darf. Der Stadtrat genehmigte auf Antrag des Referenten Rechtsrat Dr. Steinhauser, daß mit Rücksicht darauf, daß der Durchgang wenig Bedeutung habe, die Absperrung von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und die Anbringung von Gittern in widerruflicher Weise. Das Schließen und Öffnen der Gitter ist Sache der Gesuchsteller.

Neuer Dienstmännertarif. Die Dienstmänner sind bis auf weiteres berechtigt, für die Dienstleistung bei Tag und Nacht den 800fachen Betrag der Tagesfriedensgebühr zu erheben. Die Bezahlung des Rückweges erfolgt nach den 50fachen Sätzen der Tagesfriedensgebühr.

Verhaftet. Durch die Fremdenkontrolle festgenommen wurden ein 17jähriger Konditor aus Köln, der seinem Meister 100 000 Mark unterschlug, ferner ein 27 Jahre alter Schriftsetzer, der hiesigen Zigarren-Geschäftsinhabern Fahrräder und Schmucksachen für 1,7 Millionen Mark herauslockte.

Eine Razzia. Am Mittwoch stattete die Polizei wieder einmal dem Café „Deutsches Theater" an der Schwanthalerstraße, wo untertags viele „galizische Juden" dem Glücksspiel huldigen und nebenbei Gold- und Silberhandel unberechtigt treiben, einen „offiziellen" Besuch ab. Es wurde eine Reihe dieser Blutsauger und auch andere „Lichtscheue" der Polizei vorgeführt. Vielleicht erbarmt sich der Leiter des Fremdenamtes dieser „Herrschaften" und schubt sie über die Grenze.

Die täglichen Diebstähle. Einem Fabrikanten in der Ursulastraße wurden für eine Million Mark Treibriemen gestohlen. Der Dieb, ein led. Schuhmacher, ist festgenommen. — Aus einem Geschäft im Färbergraben wurden 300 Meter Crepe de chine und Seidenbänder im Werte von 6½ Millionen Mark, aus einer Filmgesellschaft in der Altstadt ein „Ika"-Aufnahmeapparat im Werte von 1½ Millionen Mark gestohlen.

Oberschlesien-Gedenken. In der Versammlung, welche der Verein für das Deutschtum im Auslande am Donnerstag abend im Hofbräuhausfestsaal zum Andenken an die siegreiche Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1923 veranstaltete, sprach als erster Redner Hauptschriftleiter **Trück** aus Beuthen. Die gleiche Politik, welche die Franzosen am Rhein verfolgten, haben sie seinerzeit schon in Oberschlesien angewandt. Nach dem ersten Entwurf des Versailler Friedensvertrages sollte ganz Oberschlesien polnisch werden. In Deutschland war man viel zu vertrauensselig, man glaubte an die Gerechtigkeit der Sieger. Die Verhandlungen in Genf waren eine reine Komödie. Das Selbstbestimmungsrecht wurde mit Füßen getreten. Obgleich infolge der deutschen Mehrheit von 68 Prozent das ganze Gebiet hätte deutsch bleiben müssen, wurde eine Teilung vorgenommen. Frankreich unterstützte die polnischen Pläne aufs kräftigste, denn es will Deutschland durch einen Ring vom polnischen Danzig über die Tschechei bis zur Südslawischen Adria einschließen. Für die polnische Kriegsindustrie ist Oberschlesien unumgänglich notwendig. Für uns aber ist es das Tor zur Freiheit im Osten und muß wieder deutsch werden!

Ein weiterer Redner führte aus, daß alles Land, so weit die deutsche Zunge klinge, zurückgewonnen werden müsse. Die Polen arbeiten fieberhaft, um sich weiteres deutsches Land anzueignen. Dem muß mit allen Kräften begegnet werden. Ganz Deutschland muß den oberschlesischen Brüdern helfen.

Daß man aber bei diesem vaterländischen Abend den Verkauf des „Völkischen Beobachters" und unseres Parteiprogramms verbot aus dem Grunde, weil die im Saale anwesenden Juden sich darüber aufhielten, zeugt von jüdischer Drahtzieherei hinter den Kulissen des Vereins für das Deutschtum im Auslande. Die jüdisch-sozialistischen Machthaber an der Spree haben Oberschlesien schamlos preisgegeben, indem sie dem Selbstschutz in den Rücken fielen und nicht die Reichswehr einsetzten, und von den Juden haben wir nicht die geringste Hilfe zur Wiedergewinnung Oberschlesiens zu erwarten. Im Gegenteil.

Ermäßigung der Aufenthaltsgebühr für Österreicher. Die Aufenthaltsgebühr für Österreicher, die zuletzt 8000 Mark betrug, ist infolge der Besserung des Markwertes auf 2000 Mark ermäßigt worden.

Bestattungen

Am 23. März:

Südfriedhof: Lothar Lang, Rittmeister a. D., 78 J., kommt nach Rosenheim.

Ostfriedhof: Philomena Harslem, Konditorswitwe, 77 J., 2 Uhr. — Bernhard Ficker, Fabrikant, 58 J., 3¼ Uhr. — Amalie Braunstorfinger, chem. Hausmeisterin, 83 J., 3 Uhr. — Wilhelm Pfaffenzeller, Bankbeamter a. D., 79 J., 2¼ Uhr. — Therese Schwarz, Hausbesitzerswitwe, 58 J., 2½ Uhr. — Anna Ginther, Maurermeistersgattin, 67 J., 2½ Uhr — Johann Meschenmoser, Drechsler, 72 J., 2¾ Uhr. — Kath. Lenk, Gärtnersgattin, 51 J., 2¼ Uhr.

Haidhauser Friedhof: Berta Nerv, Gerichtsdirektorstochter, 74 J., 3¾ Uhr.

Sendlinger Friedhof: Joseph Freihammer, Gärtnereibesitzer, 67 J., 2½ Uhr.

Nordfriedhof (Schw.): Maria Flaucher, Gütlerswitwe, 84 J. — Anna Kitz, Privatiere, 72 J., 4 Uhr. — Max Brehmer, Kunstmaler, 49 J., 3 Uhr. — Friedrich Stegmann, Torwart, 63 J., 3½ Uhr. — Anton Dirmeier, Schuhmachermeister, 72 J. 8 M., 2¾ Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Gertraud Schmid, Eierhändlerstochter, 17 J. 4 M., 3½ Uhr. — Olga Sachs, Modistin, 48 J., 2½ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkr.): Kath. Lanz, Beamtenswitwe, 67 J. 6 M., 2½ Uhr. — Oskar Sobtzik, Eisenbahninspektor, 68 J., 10½ Uhr früh. — Magd. Baumgartner, Privatierswitwe, 74 J., 3½ Uhr. — Emil Braune, Oberingenieur, 40 J., 3 Uhr. — Marg. Schöntag, Privatiere, 42 J., 4 Uhr. — Therese Ostner, Schneiderin, 18 J., 1½ Uhr. — Ernst Debus, Gerichtsassistentenskind, 3 Mt., 2 Uhr.

Münchener Rathaus

Das Rechnungsergebnis für 1921

Der Finanzreferent R.R. Dr. Kronenberger gab in der Sitzung des Stadtrates das vorläufige Rechnungsergebnis für 1921 bekannt. Danach betragen die Einnahmen des Betriebshaushalts des Rechnungsjahres 1921 nach dem Voranschlag 786 418 000 M., die Ausgaben 832 254 000 M.; **tatsächlich** betragen jedoch die Einnahmen bis 15. März 1922 984 453 000 M., während die Ausgaben 880 157 000 M. erreichten, mithin ergibt sich ein Überschuß von vorläufig 104 295 000 M.

Dieses Ergebnis ist in der Hauptsache auf das Mehrerträgnis bei den Gewerbebetrieben, den städt. Gebühren und Abgaben und den Steuern zurückzuführen.

Es brachten nämlich gegenüber dem Voranschlag mehr:

1. die gewerblichen und gewerbeähnlichen Betriebe 37 221 944,13 M.,
2. die Gebühren und besonderen Abgaben 27 835 797,75 M.,
3. die Aufschläge und Zölle 3 079 232,49 M.,
4. der Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer und Gemeindesteuern 64 645 886,64 M.

Das Rechnungsergebnis 1923 läßt sich im Augenblick noch nicht irgendwie feststellen.

Gehaltsvorauszahlung an die Gemeindebeamten

Die Beamtenordnung hat neuerdings die Gemeinden gesetzlich verpflichtet, ihren Beamten, ähnlich wie den Reichs- und Staatsbeamten, die Gehälter vierteljährlich im voraus auf ihr Konto zu überweisen. Diese Bestimmung ließ jedoch die aller Welt bekannte Finanzlage der Städte außer acht, so daß jetzt die Stadt München einerseits vor der gesetzlichen Verpflichtung steht, ihre Beamten im voraus auf ein Vierteljahr zu bezahlen, anderseits aber vor der Unmöglichkeit, diese Gelder aufzubringen. Dazu reichen weder die Besoldungs-Zuschüsse des Reiches noch die eigenen Einnahmen aus, denn diese vierteljährliche Vorauszahlung würde zu jedem Quartalsbeginn nicht weniger als 7 Milliarden erfordern. Die Gemeindebeamten ihrerseits pochen auf ihr Recht und sind bereits bei Bürgermeister Schmid deswegen vorstellig geworden. Dieser speiste die Vertreter der Gemeindebeamten-Gewerkschaft mit dem trostreichen Bemerken ab: „Mögen die Gemeindebeamten das Rathaus pfänden lassen!" Einen Ausweg aus diesem Dilemma sucht der folgende Dringlichkeitsantrag des St.-R. Scharnagl (B. Volksp.):

Der Stadtrat wolle beschließen, es sei umgehend durch den Bayerischen Städtebund bei den zuständigen Stellen des Landes die Forderung zu erheben, daß, solange die gesetzliche Bindung der B.O. besteht, das Land den Gemeinden diejenigen Beträge **vorschußweise** überweisen soll, die über die Vorschüsse bzw. Zuschüsse des Reiches hieraus notwendig sind, die vierteljährliche Vorausbezahlung der Gehälter durchzuführen.

Der Antrag wurde auch als erhoffte Rettung in der Not einstimmig angenommen.

Der Fremdenverkehrsverein vor der Auflösung

Der Münchener Fremdenverkehrsverein steht vor dem finanziellen Zusammenbruch. In seiner Hilfsbedürftigkeit wendete er sich u. a. auch an den Stadtrat um Bewilligung eines Zuschusses. In einer der letzten Hauptausschußsitzungen war denn auch ein Zuschuß von 3 Millionen Mark genehmigt worden. In der Vollsitzung aber setzte ein heftiger Redekampf um diese drei Millionen Mark ein. Der Referent R.R. Dr. Konrad setzte sich für die Erhaltung des Fremdenverkehrsvereins durch Gewährung des Zuschusses ein, betonte aber, daß in Zukunft die Interessenten am Fremdenverkehr stärker zur Beitragsleistung herangezogen werden müßten. Die Aufbringung der Mittel für den Verein sei so gedacht, daß je ein Viertel der Kosten die Stadt, die Interessenten, die Gemeinden im Oberland, sowie die Reichsverkehrsverwaltung, Land und Kreis tragen sollen.

Die Rechtsparteien unterstützten den Antrag des Referenten, da ja die Stadtgemeinde selbst aus dem Fremdenverkehr beträchtliche Einnahmen beziehe. Die Linksparteien dagegen, die, wie sich schon so oft genug gezeigt hat, für die Notwendigkeiten einer Fremdenverkehrsstadt wie München nicht das geringste Verständnis haben, sprachen sich gegen die Gewährung des Zuschusses aus. S. wurde in der Abstimmung der Zuschuß mit 19 sozialistischen gegen 17 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Der Fremdenverkehrsverein aber, der seit vielen Jahren mit dem Münchener Fremdenverkehr aufs engste verknüpft ist, wird liquidieren müssen. Am kommenden Freitag wird sich die Generalversammlung bereits dazu schlüssig werden müssen.

Beschäftigung von Terminsangestellten bei der Stadt

Anläßlich eines von der kommunistischen Stadtratsfraktion gestellten Antrages betreffend die Beschäftigung von Terminsangestellten gab Bürgermeister Schmid eine Erklärung ab, wonach für deren Beschäftigung nach wie vor folgende Richtlinien maßgebend sind:

Die Beschäftigung von Terminsarbeitern über vier Monate hinaus soll regelmäßig nicht erfolgen; ebenso muß grundsätzlich bei Bedarf von Terminsarbeitern nicht auf noch Beschäftigte zurückgegriffen werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Terminsarbeiter nach 6 Monaten Beschäftigung ganz unter den Tarifvertrag fallen, daß ihnen von da an auch die Lebensjahre angerechnet werden, so daß die älteren Terminsarbeiter unter Umständen besser bezahlt werden als jahrelang beschäftigte jüngere Angestellte. Auch die kurze Kündigungsfrist kann bei längerer Beschäftigung nicht vereinbart werden, es tritt vielmehr durchwegs mindestens eine einmonatliche Kündigungsfrist ein. Bei länger dauernder Verwendung muß nach den bisherigen Beschlüssen des Stadtrates auch die Genehmigung einer stellenplanmäßigen Verwendungsmöglichkeit für Terminsarbeiter erfolgen. Studenten sind von der Einstellung als Terminsarbeiter **nicht** grundsätzlich ausgeschlossen.

Gerichtssaal

Die gestörte Friedensgesellschaft

München, 22. März.

Vor dem Münchener Schöffengericht wurde am Donnerstag gegen neun Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verhandelt, nämlich gegen
Bierbrauer Oskar Obermayer,
Hilfsarbeiter Ludw. Kreittmaier,
Schauspieler Berthold Fischer,
Kaufmann Christian Wenng,
Maurer Philipp Schauer,
Schlosser Johann Roesch,
Konservator Joseph Berchtold,
Kaufmann Joseph Berchtold,
Gärtner Leonhard John,
sämtliche aus München, und zwar wegen **Körperverletzung, Freiheitsberaubung u. a.** Von den der Straftat zugrunde liegender Vorgängen gibt

Die Anklage

folgende **Darstellung**:

Am 29. Dezember 1922 fand abends halb 9 Uhr, im Konferenzzimmer des Hotel Union die monatliche Mitgliederversammlung der Münchener Friedensvereinigung, unter dem Vorsitz des Justizrates Hecker, statt; ihr wohnten neben ungefähr 20 Mitgliedern auch etwa 15 Angehörige der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, darunter die Beschuldigten an, da der Eintritt zur Versammlung, mit der ein Vortrag (von Professor Dr. Quidde, dem bekannten Friedensapostel!) verbunden war, auch Nichtmitgliedern gestattet war.

Als der Vorsitzende während des Vortrages Veranlassung zu nehmen hatte, das von den Nationalsozialisten in der Versammlung betätigte Verhalten zu rügen, und dabei von „Elementen" sprach, stürmten mehrere der Beschuldigten gegen den Mitgliedertisch; das Mitglied Leo Haymann forderte auf, den Vorsitzenden in Ruhe zu lassen, wobei er die Hand in der Hosentasche hatte; der Aufforderung des Beschuldigten Obermayer, die Hand aus der Tasche zu nehmen, kam er nach erhielt aber sofort von diesem mit einem eisernen Knüttel einen Schlag über Kopf und Gesicht.

Als Haymann sich mit einem Schlüsselbund sich seines Gegners zu erwehren suchte, fielen auch die Beschuldigten Kreittmeier, Fischer, Wenng, Schauer über Haymann her und schlugen auf ihn ein, und zwar sowohl mit den Händen, als auch Kreittmaier mit einem Teller, Fischer mit einem Stock und einem Hausschlüssel, Wenng ebenfalls mit einem Stock; Roesch stand unter diesen Beschuldigten und schwang drohend einen Stuhl gegen Haymann, schlug aber nicht damit zu. Die Beschuldigten handelten im bewußten und gewollten Zusammenwirken.

Haymann erlitt durch die Mißhandlung neben zahlreichen Quetsch- und Rißwunden am Kopfe, am Rücken und rechten Arm über dem rechten Auge eine zwei Zentimeter lange Wunde und ebenso auf dem linken Scheitelbein

Die Beschuldigten

gaben eine Darstellung der Vorgänge, die von der des Anklagevertreters erheblich abwich. Vor allem wurde von den Angeklagten jede Verabredung und Absicht, die Versammlung zu stören oder zu sprengen, in Abrede gestellt. Die Tätlichkeiten seien von dem Kaufmann Haymann begonnen worden, als sich die Angeklagten über den vom Versammlungsvorsitzenden, in bezug

9

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

„Mache dir deshalb keine Sorgen", sagte der junge Herr. „Ich muß heute Nacht wieder in London sein. und kenne dort einen ganz respektabeln alten Herrn, der dich beherbergen wird, ohne daß es dich einen Heller kostet — das heißt, wenn dich irgendein Bekannter bei ihm einführt. Und sollte er mich nicht kennen? ha, ha — nein — nicht im mindesten — gewiß nicht!"

Der junge Herr lachte fort, als ob er damit andeuten wolle, daß die letzteren abgebrochenen Worte nur als ironischer Scherz zu verstehen seien, und leerte inzwischen die Neige seines Kruges.

Dieses unerwartete Anerbieten eines Obdaches war zu verführerisch, um nicht angenommen zu werden, zumal da unmittelbar darauf die Versicherung gegeben wurde, daß der erwähnte alte Herr ohne Zweifel in Bälde ein behagliches Unterkommen für Oliver werde ausfindig machen können. Dieses führte zu einer vertraulichen Zwiesprache, in welcher Oliver erfuhr, daß sein neuer Gönner Jack Dawkins heiße und ein besonderer Liebling und Protegé jenes alten Herrn sei.

Dawkins Äußeres sprach allerdings nicht besonders zugunsten der Vorteile, welche von dieser Protektion für den Schützling zu hoffen standen; da aber dieser junge Herr ziemlich ausgelassene Reden führte und auch gestand, daß seine Freunde ihn nicht anders als den pfiffigen Chahum (Erzdieb) nannten, so folgerte Oliver, er möge wohl ein leichtsinniger Mensch sein, an dem die guten Lehren seines Wohltäters verlorengingen. Er beschloß daher im geheimen, sich sobald wie möglich, die gute Meinung des alten Herrn zu verschaffen und sich die Ehre eines weiteren Verkehrs mit dem Chahum zu verbitten, wenn er ihn, wie er bereits jetzt schon vermutete, unverbesserlich finden sollte.

Da John Dawkins vor Einbruch der Nacht nicht in London eintreffen wollte, so wurde es fast elf Uhr, bis sie den Schlagbaum von Islington erreichten. Der Chahum sagte jetzt zu Oliver, er solle sich nur dicht hinter ihm halten, und eilte nun durch eine Menge von Straßen und Gäßchen mit einer Geschwindigkeit, daß unser Abenteurer alle Aufmerksamkeit aufbieten mußte, seinen Führer nicht aus dem Gesichte zu verlieren.

Demungeachtet konnte sich Oliver nicht enthalten, hin und wieder einen Seitenblick nach den Häusern zu werfen. Er befand sich jetzt an einer Stelle, wie er sie nie armseliger oder schmutziger gesehen hatte. Die bergab sich ziehende Straße war eng und kotig und die Luft mit ekelhaften Dünsten erfüllt. Er konnte zwar ziemlich viele kleine Läden bemerken, aber die einzigen Warenvorräte schienen in Haufen von Kindern zu bestehen, welche sogar in dieser späten Stunde, wie die Blattläuse an der Pflanze, vor den Türen herumkrochen oder im Innern der Häuser ihr liebliches Gekreisch vernehmen ließen. Die einzigen Stellen, welche in diesem allgemeinen Mehltau zu gedeihen schienen, waren die Wirtshäuser, in denen sich die niedrigste Klasse der Irländer, die in London ohnehin schon als die verworfenste Rasse betrachtet werden, mit Schimpfen und gegenseitigen Prügeleien unterhielten. Bedeckte Wege und Höfe, die hin und wieder von der Hauptstraße abbogen, gestatteten die Aussicht nach kleinen Häusergruppen, wo sich betrunkene Männer und Weiber im eigentlichsten Sinne im Kote wälzten, und aus manchen Türen schlüpften verdächtig aussehende Kerle, die nicht gerade die unschuldigsten Geschäfte im Schilde zu führen schienen und mit scheuen Blicken über die Straße schlichen.

Sie waren an dem Ende der Bergstraße angelangt, und Oliver überlegte eben, ob es nicht geratener sei, davonzulaufen, als ihn sein Führer am Arme ergriff, in die offene Tür eines in der Nähe von Field-lane stehenden Hauses schob und, sobald sie innen waren, die Riegel wieder vorlegte.

„Nun, was gibt's?" ließ sich auf das Pfeifen des Chahums eine Stimme von oben vernehmen.

„Platte Gasche!" (Vertraute Leute) war die Antwort.

Dieses schien ein Losungswort zu sein, welches andeuten sollte, daß alles in gehöriger Ordnung sei, denn unmittelbar darauf zeigte sich an dem hintern Ende des Ganges der Widerschein eines schwachen Kerzenlichtes, und das Gesicht eines Mannes erschien in dem zerbrochenen Geländer einer alten Küchentreppe.

„Ihr seid eurer zwei?" fragte der Mann, indem er das Licht weiter vorhielt und die Augen mit der Hand beschattete. „Wer ist der andere?"

„Ein neuer Cabber" (Kamerad), versetzte Jack Dawkins und schob Oliver vorwärts.

„Wo kommt er her?"

„Von Grünland (Fremde). Ist Fagin oben?"

„Ja, er sortiert die Riegerlappen (Schnupftücher). Geht hinauf!"

Die Kerze wurde zurückgezogen, und das Gesicht verschwand.

Oliver tastete mit der einen Hand umher und hielt sich mit der andern an seinem Kameraden, und so kam er nicht ohne Schwierigkeit die finstere und zerbrochene Stiege hinan, während sein Begleiter sich mit einer Sicherheit und Leichtigkeit bewegte, welche zeigte, daß er die Örtlichkeiten genau kenne. Oben angelangt, öffnete er die Türe eines Hinterzimmers und zog Oliver nach sich.

Die Wände des Zimmers wie auch die Decke waren von Alter und Schmutz geschwärzt. Vor dem Feuer stand ein elender Tannentisch, auf dem sich ein in dem Halse einer Bierflasche steckendes Licht, zwei oder drei zinnerne Kannen, ein Brotlaib nebst Butter und ein Teller befanden. Über dem Feuer hing eine Bratpfanne, in welcher einige Würste prasselten, und neben derselben stand, eine Gabel in der Hand, ein alter, zusammengeschrumpfter Jude, dessen spitzbübisches und abschreckendes Gesicht durch eine Masse verfilzten roten Haares beschattet wurde. Er trug den Hals bloß, hatte einen schmierigen, flanellenen Hausrock an und schien seine Aufmerksamkeit zwischen der Bratpfanne und einem Kleiderständer zu teilen, über dem eine große Partie seidener Schnupftücher hing. Mehrere rauhe, aus alten Säcken gemachte Betten lagen nachlässig nebeneinander auf dem Boden, und um den Tisch saßen vier oder fünf Jungen, keiner davon älter als der Chahum, die aus langen Tonpfeifen Tabak rauchten und Branntwein tranken wie Alte. Sie drängten sich alle um ihren Kameraden, als er dem Juden einige Worte zuflüsterte, wandten sich dann um und grinsten mit dem Juden, der immer noch die Gabel in der Hand hielt, Oliver an.

„Dies ist er, Fagin," sagte John Dawkins, „mein Freund, Oliver Twist."

Der Jude grinste, machte gegen Oliver eine tiefe Verbeugung, nahm ihn dann bei der Hand und drückte die Hoffnung eines gegenseitigen näheren Bekanntwerdens aus. Hierauf umringten ihn die rauchenden jungen Herren und schüttelten ihm kräftig die Hände — besonders diejenige, mit welcher er sein kleines Bündel hielt. Diese Höflichkeiten würden sich wahrscheinlich noch viel weiter erstreckt haben, wenn der Jude nicht durch eine freigebige Applikation der Bratgabel auf die Köpfe und Schultern der liebenswürdigen Jünglinge ihrem Eifer ein Ziel gesetzt hätte.

„Es freut uns recht, dich zu sehen, Oliver — gewiß", sagte der Jude. „Chahum nimm die Würste weg und rücke für Oliver eine Tonne ans Feuer, daß er sich wärmen kann. Ah, du siehst nach den Taschentüchern? — Ha, Schatz! Es ist ein ziemliches Häufchen, nicht wahr? Wir haben sie für die Wäsche zusammengesucht; das ist alles, Oliver, das ist alles. Ha! ha! ha!"

Der letztere Teil dieser Rede wurde von den hoffnungsvollen Zöglingen des lustigen alten Herrn mit einem schallenden Gelächter aufgenommen, und so setzten sie sich zu Tische, um das Nachtessen zu sich zu nehmen.

Als Oliver seinen Teil gegessen hatte, mischte ihm der Jude ein Glas heißen Wacholderbranntwein mit Wasser, und reichte es ihm mit dem Geheiß, es sogleich auszutrinken, weil noch ein anderer des Glases bedürfe. Oliver tat, wie verlangt wurde; und fast unmittelbar darauf fühlte er, wie er sanft aufgehoben und nach einem der Säcke getragen wurde, wo er bald in tiefen Schlaf versunken war.

(Fortsetzung folgt.)

auf die Angeklagten gebrauchten Ausdruck „Elemente“ entrüsteten und dagegen protestierten; dabei seien auf der Seite der Friedensgesellschaft auch Ausdrücke wie Lausbub, Frechheit, Gemeinheit gefallen. Haymann habe zugeschlagen „wie ein Stier“. Die Tätlichkeiten gegen Haymann seien in Abwehr von dessen Angriffen erfolgt. Eine Freiheitsberaubung liege nicht vor; man habe ganz kurze Zeit einzelnen Versammlungsteilnehmern das Verlassen des Lokales verweigert, um eine Feststellung der Vorgänge durch die Polizei zu ermöglichen.

Die Zeugenvernehmung, in der sich die Aussagen der Angehörigen der beiden Parteien vielfach diametral gegenüberstehen, ist bei Schluß der Redaktion noch nicht abgeschlossen.

Reichskanzlerbesuch in München

München, 22. März.

Ist die Rolle eines deutschen Reichskanzlers im Werte gesunken oder haben es die Münchner verlernt, Gäste zu empfangen? So fragte sich der unbeteiligte Zuschauer bei der Ankunft des Reichskanzlers im Münchner Hauptbahnhof. Vor dem Südbau in der Bayerstraße hatten sich zwar mehrere hundert Neugierige angesammelt, von der Schutzmannschaft und der Landespolizei geometrisch formiert. Aber trotz des sonnigen Frühlingsmorgens fehlte es an der bei derlei Anlässen üblichen Stimmung. Die blieb auch aus, als der Herr Ministerpräsident v. Knilling, der Herr Staatsminister Dr. Schweyer und die beiden Bürgermeister Eduard Schmid und Dr. Küfner in ihren Autos angefahren kamen.

So war es kein Wunder, daß die etwa im Keime vorhandene Festesstimmung unter den anwesenden Zuschauern etwas uneinheitlich war. Mein Nebenmann machte denn auch in innerer Bedrängnis seiner Ratlosigkeit Luft und fragte mich: „Soll man den Reichskanzler mit hoch, heil oder hurra begrüßen?“ Ich selbst war ob dieser Frage so ratlos, daß ich nichts weiter zu antworten vermochte als: „Dös könnas macha, wie's woll'n.“ Als dann der Herr Reichskanzler zur Rechten des Ministerpräsidenten von Knilling im Auto erschien, entschied sich die Mehrzahl doch für das mehr oder minder neutrale „Hoch“. Reichskanzler Dr. Cuno war darüber sichtlich erfreut, wozu gewiß auch die zahlreichen Photographen beigetragen haben, die mit ihren Apparaten wie Zirkusauguste das fahrende Auto mit den hohen Insassen umschwärmten.

Dr. Cuno besuchte um 10 Uhr 30 Minuten das Ministerium des Äußern, um die Vorstellung des dort versammelten Gesamtstaatsministeriums entgegenzunehmen. Ministerpräsident Dr. v. Knilling begrüßte den Reichskanzler und gab seiner Freude über den Besuch in München Ausdruck. Dr. Cuno erwiderte, der Besuch in München sei ihm nicht eine bloße Formsache, sondern ein Herzensbedürfnis. Er sprach die feste Überzeugung aus, daß die Reichsregierung und die bayerische Regierung in der gegenwärtigen schweren Not das eine gleiche Ziel verfolgen und sich gegenseitig vertrauensvoll die Hände reichen. Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß an der ruhigen besonnenen Politik des passiven Widerstandes unter allen Umständen festgehalten werde. Darin gebe es kein Zurück!

Kurz vor 11 Uhr fuhr der Kanzler in Begleitung des Ministerpräsidenten und der Reichsminister Geßler und Stingl vor dem Landtagsgebäude vor. Am geschmückten Portal wurde er von Landtagspräsident Königbauer und den Vorständen des Landtags wie Landtagsarchiv empfangen und in die Prunkzimmer der früheren Reichsratskammer geleitet, wo sich das Direktorium, die Fraktionsvorstände und die Staatsminister eingefunden hatten.

Nach der Vorstellung der Herren durch den Präsidenten ergriff dieser das Wort zu einer Begrüßungsansprache, worauf der Kanzler u. a. erwiderte:

„Wenn jemals in einer Zeit bei einem Volke das Volk selbst Träger der Geschicke des Landes war, so ist dies heute der Fall. Wie der Widerstand an der Ruhr, in der Pfalz, in den besetzten Teilen des Rheinlandes herausgewachsen ist aus der tiefsten Seele des Volkes, aus der innigsten Liebe des Volkes zum Land, um zu einer friedfertigen Entwicklung und Wiedererlangung der Freiheit zu kommen, so ist Träger dieses Kampfes das ganze deutsche Volk im besetzten und unbesetzte Gebiet. Das eine ist klar, daß keine Regierung in der jetzigen Zeit den Abwehrkampf dem Feinde gegenüber gewinnen kann, wenn sie sich nicht auf die Volksvertretung stützen kann (??), wenn sie nicht gleichsam die Volksvertretung mit einbaut in ihren Organismus, wenn sie sich nicht mittelbar auf das Volksganze stützen kann. (Die Schwatzbuden als Stützen der Abwehrpolitik gegen das französische Räubervolk! Oh! oh! Nachbarin, Euer Fläschchen!) Nur solange das Volk einmütig zusammenhält, solange es auch im unbesetzten Teile alle Klassenunterschiede zurückstellt und sich einmütig mit seiner ganzen Kraft und seinem ganzen Willen einstellt, auf die Abwehr des widerrechtlichen Einbruches der Franzosen und Belgier, solange können Sie als die Vertreter des Volkes und wir als die verantwortlichen Leiter der Reichsregierung den Abwehrkampf mit Aussicht auf Erfolg weiterführen. Was darin geschehen kann, was immer in unserer Kraft liegt, wird geschehen, um die durch die Besetzung hervorgerufenen Leiden zu mildern. Wir müssen uns durchsetzen. Wir müssen diesen Weg, den wir betreten haben, gerade und unbeirrt weitergehen. Wir müssen dem Volke klarmachen, daß innere Ordnung und einmütige Einstellung auf die äußeren Ziele unserer Politik das ist, von dem das Schicksal des deutschen Volkes und Landes abhängt. So danke ich nochmals herzlich und seien Sie versichert, ich gehe von hier neugestärkt und gekräftigt fort, weil ich weiß, daß Bayern hinter der Reichsregierung steht.

Nach dieser Rückgratstärkung durch Knilling, Schweyer und Königbauer samt Landboten begab sich Dr. Cuno zwecks Fortsetzung dieser Kur durch unsere hohen Stadtväter ins Rathaus.

Die offizielle Begrüßung des Reichskanzlers durch die Stadt München vollzog sich im Rathaus. Bürgermeister Schmid feierte den Besuch des Kanzlers „als ein wichtiges Ereignis“, als die „engere Fühlungnahme von Reich, Land und Gemeinde und darüber hinaus als Bekundung völliger Geschlossenheit und absoluter Übereinstimmung aller maßgebenden Faktoren in der Abwehr unerhörter Drangsale und Tyrannei.“ Der Bürgermeister ergriff auch die Gelegenheit zu einer bewegten Klage über den sich zu einer öffentlichen Gefahr auswachsenden Dalles der Stadt München und meinte: „Darum appelliere ich nachdrücklich an Reich und Staat, rettend einzugreifen. Die erforderlichen Maßnahmen zur finanziellen Sanierung der Gemeinden sind eiligst zu ergreifen; sie könnten sonst zu spät kommen.“ Der Reichskanzler gab darauf die ihm zukommende Antwort, indem er auf die passive Resistenz verwies, bei der wir auch weiterhin beharren wollen. Schließlich gab er auch noch der Freude Ausdruck, in München zu weilen, wo „eine frischere Luft als anderswo weht.“

Daran schloß sich eine Besichtigung des Rathauses und ein Imbiß. Möge das alles dem Herrn Reichskanzler gut bekommen sein und er namentlich von der frischen Münchner Luft recht viel mit nach Berlin nehmen!

Im alten Rathaus fand dann am Abend ein großer Empfang zu Ehren des Reichskanzlers statt, wobei Dr. Cuno das Wort ergriff. Wir werden darüber morgen eingehend berichten.

Bayern

Das 13. Turnfest deutsch oder daitsch?

München, 21. März.

Mit dieser Frage, die im „Völkischen Beobachter“ schon mehrmals erörtert wurde, hatte sich heute auch der Staatshauhaltsausschuß des Bayerischen Landtags zu befassen und er hat sie behandelt, wie man es von dieser glänzenden Körperschaft nicht anders erwarten konnte. Gelegentlich einer Eingabe um Gewährung eines festen staatlichen Zuschusses und einer staatlichen Beteiligung am Garantiefonds für das 13. deutsche Turnfest in München wurde von marxistischer Seite an die Regierung die Anfrage gerichtet, was es mit den Vermutungen auf sich habe, daß diese Veranstaltung zu einer politischen Demonstration ausgenützt und von völkischer Seite vielleicht gesprengt werden soll. Dieser nichtsnutzigen Verdrehung wurde vom Abg. Dr. Müller nur entgegengehalten, daß es sich um eine gewaltige Demonstration des Deutschtums handle, zu der bereits 40 000—50 000 Teilnehmer aus aller Welt angemeldet seien, so daß es einer Abdankung des Staates gleichkäme, wenn er durch Nichtbewilligung eines Zuschusses Sabotageversuche unterstützen wollte. Alle parteipolitischen Bewegungen seien der deutschen Turnerschaftsbewegung stets ferngehalten worden.

Minister Dr. Matt hob hervor, daß an der deutschen Einstellung der Turnerschaft ebensowenig gezweifelt werden könne wie daran, daß es sich beim 13. deutschen Turnfest um eine von vaterländischem Geist getragene deutsche Veranstaltung handle, die auch die staatliche Förderung verdiene.

Die Eingabe wurde erledigt durch die Annahme eines Antrages Wohlmuth auf Gewährung eines festen Zuschusses von 6 Millionen Mark; von der Mitzeichnung am Garantiefonds wurde abgesehen.

Die Abgeordneten und der Herr Minister haben recht: Das 13. Turnfest wird sich zu einer machtvollen Kundgebung des Deutschtums im Geiste Jahns gestalten, denn wir, Nationalsozialisten, werden dafür sorgen, daß alle Schönheitsfehler wie Einheitsfront mit Hakennäslern und Plattfüßlern ferngehalten werden.

Die bayerischen Eisenbahner gegen die weißen Neger

Der 22. Verbandstag des Bayerischen Eisenbahnerverbandes nahm unter stürmischen Beifallskundgebungen eine Entschließung einstimmig an, in der es heißt: „Die versammelten Vertreter gedenken in dieser Stunde, wo sie sich zur Beratung bedeutsamer Berufs- und Standesfragen zusammengefunden haben, in deutscher Treue der Standhaftigkeit ihrer schwerbedrängten Kameraden an der Ruhr und am Rhein, ganz besonders der wackeren Berufskollegen in der Pfalz, die täglich neu beweisen, daß Pflichtgefühl und Heimatliebe des deutschen Arbeiters und Beamten stärker sind als die brutale Gewalt des Eindringlings. So oft auch das gute und klare Recht noch gebeugt werden mag, es muß der Tag kommen, an dem alle Deutschen auf heimatlichem Boden sich wieder frei bewegen können.

Wir protestieren gegen die scheußlichen Verbrechen der französischen Mörder- und Räuberbanden im besetzten Gebiet. In treuer, opferbereiter Kameradschaft stehen Verband und Mitglieder hinter den Kämpfern für Recht und Freiheit, bereit, Not zu lindern, und wenn nötig, dem Beispiele der Pflichterfüllung zu folgen. Allen Deutschen, die im besetzten Gebiet ihr gutes Recht behaupten und für ihr deutsches Heimatland kämpfen und leiden, senden wir treudeutsche Grüße.“

An unsere Leser!

Bei Zahlungen

bitten wir um gefl. deutliche Angabe der Adresse und Verwendung (z. B. Bezugsgebühr, Streifbandbezugsgebühr, Buchverlag, Anzeigen, Spende) um die Zahlungen richtig verbuchen zu können. Insbesondere bei Bankzahlungen bitten wir um gleichzeitige Mitteilung, da uns die Banken nur die Beträge, nicht aber die Verwendung melden.

Zahlungen an die Partei bitten wir direkt an diese zu leiten (Postscheckkonto München 23319).

Verlag „Völkischer Beobachter“, F. Eher Nachf., G. m. b. H.
Postscheckkonto München 11346.
Postsparkassenkonto Wien 79921.

*

Ortsgruppenvorstände oder Privatpersonen, welche für andere unseren „Völkischen Beobachter“ bestellen oder bezahlen, bitten wir, um uns Zeit und Arbeit zu ersparen, stets anzugeben, für wessen Adresse und Rechnung sie bestellen oder bezahlen.

Mit deutschem Gruß!
Die Geschäftsleitung des „Völkischen Beobachters“.

Die Freilassung des Abg. Koerner gefordert

Zu Beginn der heutigen Vollsitzung des Landtages teilte der Präsident Königbauer mit, daß das Staatsministerium des Äußern beim Auswärtigen Amt in Berlin gegen die Verhaftung des Abg. Koerner und die Hausdurchsuchung beim Abg. Burger vorstellig geworden sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Freilassung Koerners zu erreichen. Sodann machte er Mitteilung von der Aussprache, die zwischen ihm und dem Reichskanzler beim heutigen Empfang stattgefunden hat. Diese Mitteilungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Frankfurter Schwindel

Zu der Sensationsmeldung der „Frankfurter Zeitung“ über Festnahmen von mehreren Mitgliedern des Blücherbundes München wegen eines geplanten Attentats auf eine Frankfurter Synagoge ist auf Anfrage bei der Münchener Polizei zu melden:

Die Nachricht, daß die Münchener Polizei ein Mitglied des Münchener Blücherbundes namens Alfons Bau verhaften oder andere festnehmen ließ, ist falsch.

Bau wurde seinerzeit in der Machhaussache festgenommen aber wieder freigelassen. Bei ihm fand man Aufzeichnungen über einen Plan, die Frankfurter Synagoge in die Luft zu sprengen.

Diesen Plan teilte die Münchener Polizei pflichtgemäß der Frankfurter Behörde mit. Diese Meldung liegt bereits 6 Wochen zurück, mehr geschah nicht.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Dietrich Eckart,

unser allverehrter Vorkämpfer und geistiger Wegbereiter der nationalsozialistischen Bewegung, feiert heute seinen 54. Geburtstag. Wir entbieten ihm hierzu unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche und verbinden damit die zuversichtliche Hoffnung, daß er, dem die Bewegung, besonders aber unser Blatt, so vieles zu danken hat, unserer Sache noch recht viele Jahre zum Wohle unseres deutschen Volkes erhalten bleibe.

*

Die Sanitätsabteilung der S.A. hielt am vergangenen Sonntag im „Kochgarten“ (Thalkirchnerstraße) eine außerordentlich gut besuchte Familienfeier ab. Nach einer kurzen, kernigen Ansprache des Abteilungsführers brachten eine Reihe von Parteigenossen erlesene musikalische und rezitative Darbietungen zum Vortrag. Besonderen Beifall fand Pg. Hofschauspieler Bayerhammer und natürlich Weiß Ferdl. Der dramatische Klub „Fortuna“ und der Zitherklub „Werdenfels“, sowie Pg. Umpfenbach hatten am Gelingen des Abends wesentlichen Anteil. An alle Sanitäter aber in unserer Partei, oder solche aber in unserer Partei, oder solche Parteigenossen, die sich zu Sanitätern ausbilden lassen wollen, richten wir die Aufforderung, der Sanitätstruppe der S.A. beizutreten.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Böblingen b. Stuttgart. Die in Böblingen und Umgebung wohnhaften Parteigenossen, Freunde und Leser des „Beobachters“ werden gebeten, ihre Adressen zwecks Zusammenschluß an den Pg. Paul Stammler, Böblingen, Stuttgarter Straße 34/2, einzusenden.

Chemnitz. Die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ brachten kürzlich einen Aufsatz über „die zwei Lager in der V.S.P.“. Uns gehen besonders einige Sätze aus dem Aufsatze an. Da heißt es, nachdem die beiden Lager als die „Verantwortlichen“ rechts und die „Unverantwortlichen“ links dargestellt worden sind, wörtlich folgendermaßen:

„In den Fabriken dagegen wird ganz offen zugegeben, daß viele Arbeiter sich durch das Treiben der Hemmungslosen angewidert fühlen und sich den Nationalsozialisten in die Arme werfen. Bei der Nachrichtenzentrale des Polizeipräsidiums sieht man seit Wochen mit steigender Sorge, daß in den heimlichen Versammlungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei fast der größte Teil der Besucher Arbeiter sind.“

Also wenigstens einmal ein offizieller Beweis dafür, daß in unserer Bewegung, was uns das Gesindel um die Scheidemänner und Cohnsorten immer abstreitet, der Handarbeiter einen sehr starken Prozentsatz ausmacht.

Hofheim. Auch hier wurde eine nationalsozialistische Ortsgruppe gegründet. Sprechabend jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im Lokal „Weißenseel“.

Pappenheim. Vergangenen Sonntag hielt die Ortsgruppe ihre zweite öffentliche Volksversammlung ab. Als Redner war Pg. Pressel aus Nürnberg gewonnen, der über das Thema „Wucherfreiheit im Volksstaat“ sprach. Trotz des Eintritts von 100 M. hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Die angekündigte Sprengung der Versammlung unterblieb angesichts unserer von allen benachbarten Orten zusammengezogenen Sturmabteilungen. Das Referat des Pg. Pressel fand allgemeine Anerkennung. Nach der Versammlung blieben die von auswärts erschienenen Pg. noch gemütlich beisammen. Wir haben mit dieser Versamlung einen weiteren großen Erfolg zu verzeichnen, der uns anspornt, energisch weiterzuarbeiten.

Pfarrkirchen. Leser des „Völkischen Beobachters“ und Freunde der Bewegung werden gebeten, ihre Adresse an Ing. Adelmann, Pfarrkirchen, bekanntgeben zu wollen. Sprechabend jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Brauerei Heber (Nebenzimmer).

Schramberg (Württbg. Schwarzw.). Leser des „Völkischen Beobachters“ werden gebeten, ihre Anschrift zwecks Gründung einer Lesergemeinde zu senden an Franz Schatz, Kaufmann, Schramberg, Lauterbachstr. 23.

Traunstein. Nächster Sprechabend Freitag, den 23. März, bei Lichtmanegger, Rosenheimer Hof. Referent: Herr Dr. Haberl. Erscheinen sämtlicher Pg. ist Pflicht. Einführen von Gästen durch Mitglieder gestattet.

Westheim. Am Sonntag fand hier neuerdings eine öffentliche Versammlung statt, die überfüllt war. Als Redner war Pg. Kellerbauer (Nürnberg) gewonnen. Anknüpfend an die Zeit vor etwa 100 Jahren, einer Zeit tiefer Schmach im Reiche, erläuterte der Redner die Möglichkeit der Befreiung auch heute. Sei auch unsere heutige Zeit elend und schmachvoll, ein Werk der Juden und Novemberverbrecher, so sei sie doch der Anfang eines großen Werdens. Nach Rückgriff auf die Vernachlässigung der Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit, den Hochmut gewisser „Volkskreise“, die Anfänge und das Aufblühen der Industrie, deren künstliche Aufzüchtung durch die Theorien der jüdischen Hochschullehrer, zeigte der Redner das „Eingreifen“ der marxistischen Lehre. Der Redner schloß mit der Erläuterung des nationalsozialistischen Programms und erntete stürmischen Beifall. Einige Raubaubrüder wurden kurzerhand aus dem Saal entfernt.

*

Nürnberg. Im überfüllten großen Saale des Kulturvereins sprachen kürzlich Pg. Prof. Bohneberg und Julius Streicher über das Thema: „Die Schule in der Republik.“ In überaus packender und klarer Weise legte Prof. Bohneberg dar, was die Schule ist und was sie sein sollte. Die Erziehung in der Schule ist maßgebend für das Schicksal der Nation. Wenn Politik die Erziehung zum Volke und den Willen zum Staate bedeutet, dann müssen die Lehrer politisch sein; aber nicht parteipolitisch, sondern volkspolitisch. Seit Jahrzehnten haben wir keine deutsche Schule mehr. Besonders in den höheren Schulen haben wir fast dreiviertel fremde Fächer. Ein Volk, das seine Sprache verliert, verliert auch seine Seele. Aber dieses ist es gerade, was die inneren Feinde Deutschlands systematisch anstreben; denn im Programm der Weisen von Zion heißt es, daß die Juden die Regelung des Unterrichts als besonders wichtig betrachten sollen, daß das Denkvermögen der Menschen geknebelt werden und aus dem Gedächtnis der Völker jede Erinnerung beseitigt werden soll, die den Juden unangenehm ist. Die Jugend braucht Führer; aber nie kann ein Jude auf Grund seiner Sitten- und Rassengesetze Erzieher deutscher Kinder sein. Wir haben heute nur Verstandesschulen, die Gemüt und Seele des Kindes verkümmern lassen. Es handelt sich nicht darum, eine Unmenge von Wissen in das Kind hineinzustopfen, sondern die natürlichen Kräfte im Kinde zu entwickeln und es zur Selbständigkeit und Selbsttätigkeit zu erziehen. Dadurch wird auch ein hoher Charakter herangebildet, so daß das Kind seinen eigenen geraden Weg durchs Leben finden wird, anstatt, wie es die „Weisen von Zion“ wünschen, zum Herdentier zu werden. Man vermeide die Förderung der Halbbildung, durch die so viele dem verderblichen Internationalismus verfallen. Die Wiedergeburt und Erneuerung Deutschlands kann nur durch eine Rückkehr zum Deutschtum, durch deutsche Bildungsschulen und durch deutsche Lehrer kommen. Das Hakenkreuz hat man aus den Schulen entfernt; aus den Herzen der deutschen Jugend kann es niemand und nichts entfernen. — Pg. Lehrer Streicher, stürmisch begrüßt, gab dann in markigen Zügen einige sehr treffende Illustrationen zu den mit begeistertem Beifall aufgenommenen Ausführungen seines Vorredners und ging dabei nicht sehr zart mit seinen Kollegen um. Er betonte besonders, wenn alle Lehrer das wären, was sie sein wollten, und immer ihre volle Pflicht erfüllten, dann würde das deutsche Volk heute nicht so tief im krassen Materialismus, in Genußsucht und Lastern aller Art stecken. Streichers mit langanhaltendem Beifall aufgenommenen Ausführungen endeten mit einem warmen Appell an die zahlreich in der Versammlung anwesende Lehrerschaft, ihre völkische Pflicht ohne Rücksicht auf materielle Vorteile voll zu erfüllen.

*

Nationalsozialismus auch in Vorarlberg

In der großen nationalsozialistischen Kundgebung im Stadttheater zu Lindau am vergangenen Freitag konnte der Vorsitzende zum großen Erstaunen aller Versammlungsbesucher auch eine Abordnung der nationalsozialistischen Ortsgruppe Bregenz begrüßen. Tatsächlich hat die Bewegung auch in Vorarlberg in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. In zäher Kleinarbeit haben einige wenige fanatische Pioniere unserer Sache dort langsam, aber desto sicherer einige Kampfgruppen aufgebaut, die bereits schon einige nicht zu unterschätzende Erfolge aufweisen können. In den vier nationalsozialistischen Ortsgruppen Vorarlbergs sind Eisenbahner und Postler das führende Element, aber auch die Angehörigen der bisher international-sozialistisch organisierten Wehrmacht sind zahlreich vertreten. So schreitet die Bewegung vorwärts vom Memelland bis an die Grenzen der Schweiz.